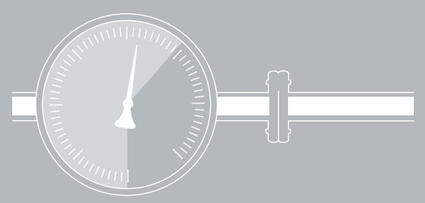
GESCHÄFTSBERICHT 2011

Wir vernetzen die Hauptstadtregion

NETZGESELLSCHAFT
BERLIN·BRANDENBURG

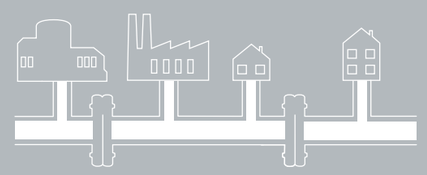
ZAHLEN UND FAKTEN AUS DEM GESCHÄFTSJAHR 2011

NETZABGABE



35.356 GWH

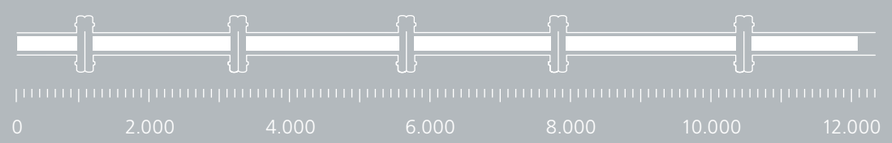
ANZAHL HAUSANSCHLÜSSE



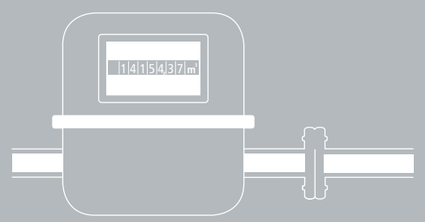
291.667 STÜCK

NETZLÄNGE

12.148 KM



INSTALLIERTE GASZÄHLER



786.814 STÜCK

MITARBEITER (ANZAHL)

405

UNTERNEHMENSKENNZAHLEN ÜBERSICHT

TECHNIK		2011	2010
Transportmenge	GWh	35.356*	40.710*
Rohrnetzlänge	km	12.148,0*	12.119,6*
Hochdruck	km	1.916,0*	2.184,8*
Versorgungsnetz	km	10.232,0*	9.934,8*
Hausanschlüsse	Stück	291.667*	288.434*
Installierte Gaszähler inkl. ZMU/TMU	Stück	786.814*	789.735*

PERSONAL		2011	2010
Mitarbeiter	Anzahl	405*	380*

JAHRESABSCHLUSS		2011	2010
Bilanzsumme	Mio. Euro	164,9*	162,5*
Kapitalanteile der Kommanditisten	Mio. Euro	1,0*	1,0*
Umsatz	Mio. Euro	314,6	335,7
EBIT	Mio. Euro	14,6	25,0
Jahresüberschuss	Mio. Euro	12,7	14,1
Operativer Cashflow	Mio. Euro	20,0	15,0

* per 31.12. des Geschäftsjahres

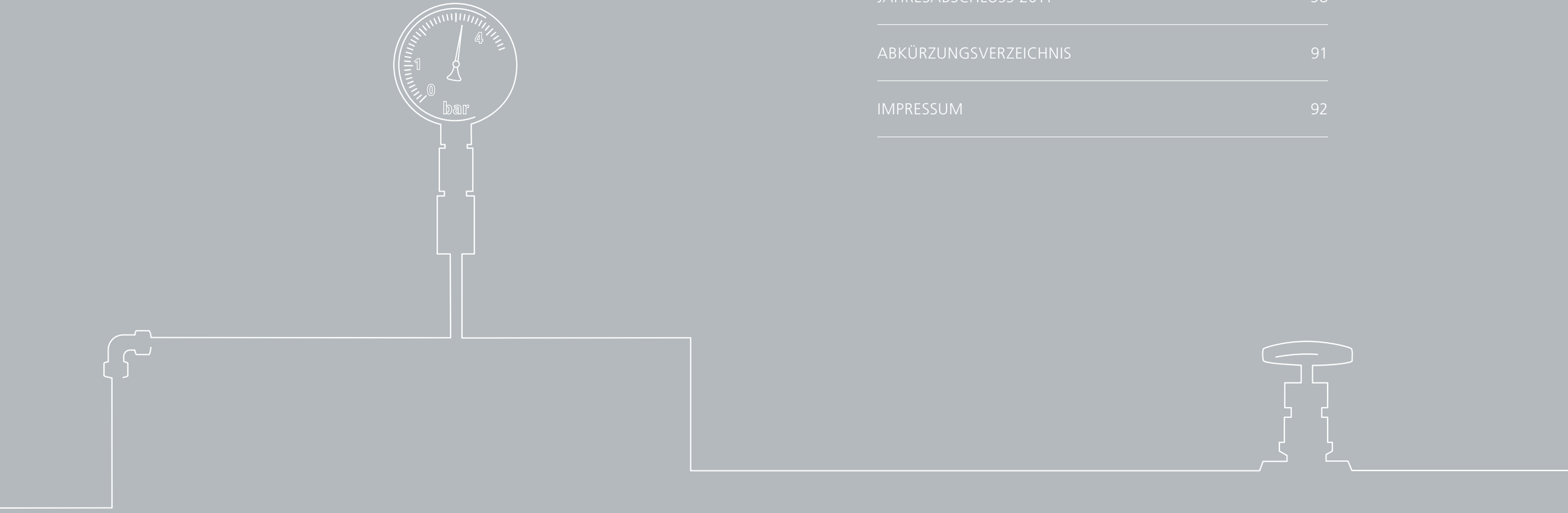
Wir vernetzen die Hauptstadtregion

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR

01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2011

Inhalt

VORWORT	4
WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION	8
LAGEBERICHT 2011	34
JAHRESABSCHLUSS 2011	58
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	91
IMPRESSUM	92



Wir vernetzen die Hauptstadtregion

FRANK BEHREND
Kaufmännischer Geschäftsführer

ULF ALTMANN
Technischer Geschäftsführer

SEHR GEEHRTE LESERIN, SEHR GEEHRTER LESER,

selbstverständlich finden Sie in diesem Bericht einen Rückblick auf das zurückliegende Geschäftsjahr, in dem sich die solide Entwicklung unseres Unternehmens fortgesetzt hat. Wir haben unsere wirtschaftlichen Ziele erreicht und konnten gerade in unserem Kerngeschäft unsere Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis stellen.

Doch dieses eine Jahr war nur ein kurzer Zeitabschnitt, setzt man es in Relation zur Geschichte des seit 1847 existierenden Berliner Gasnetzes. Oder zu der Zukunft, in der diese Infrastruktur Wegbereiter in das regenerative Energiezeitalter und Rückgrat einer klimafreundlichen Versorgung sein wird.

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG ist sich dieser langfristigen Bedeutung bewusst. Daher betreiben wir das Gasnetz der Metropolregion Berlin-Brandenburg nicht nur wirtschaftlich, wir bauen es im Hinblick auf künftige Anforderungen aus und nehmen seine Instandhaltung entsprechend vorausschauend vor. Denn nur ein leistungsfähiges, den Bedürfnissen angepasstes Verteilungsnetz bildet die Basis für eine gesunde Wirtschaft und bietet den Bürgern Versorgungssicherheit.

Bei diesen Aufgaben kommen uns die jahrzehntelange Erfahrung unserer Mitarbeiter und ihr Wissen ebenso zugute wie ihr Weitblick, ihre Aufgeschlossenheit und Fantasie. Aufgrund dieser Mischung aus Kenntnis und Kreativität können wir das Netz bestmöglich beherrschen und zukunftsorientiert gestalten. Unsere Leistungen gehen jedoch weit über den Netzbetrieb hinaus und dienen nicht allein der Versorgungssicherheit. Wir tragen ebenso Verantwortung für Energieeffizienz und Klimaschutz, zum Beispiel durch das Einbeziehen erneuerbarer Energie.

Heute sorgt unser Leitungssystem bereits für den Transport von Bio-Erdgas, also auf Erdgas-Qualität aufbereitetes Biogas, aus dem Berliner Umland zu den Kunden. Schon morgen wollen wir – im übertragenen Sinne – auch Windkraft und Sonnenstrom durch diese Rohre fließen lassen. Power-to-Gas heißt das Stichwort und steht für die Umwandlung überschüssigen grünen Stroms in Gas, das klimaschonend zum Heizen, für die Verstromung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und vieles mehr verwendet werden kann.

Als Infrastrukturspezialistin hat sich die NBB auf das Miteinander von Ökostrom und Gas und auf ein spartenübergreifendes Handeln vorbereitet. Wir sammeln bereits heute Erfahrungen für die Leittechnik eines Smart Grid, mit der wir Windkraft, Sonnenstrom, Erdgas, Speicherkapazitäten und dezentrale Blockheizkraftwerke und sogar Elektrofahrzeuge in ein umfassendes Energiemanagement einbeziehen. So legen wir die Basis für eine saubere und zugleich lebenswerte Zukunft.

Unser Engagement geht weit über die reine technische Dienstleistung hinaus, sie bezieht ökologische und soziale Aspekte ein. Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg stellt als innovatives Unternehmen somit einen Mehrwert für die Hauptstadtregion dar. Diesen Mehrwert gilt es auszubauen und die Verantwortung für die Entwicklung der Hauptstadtregion zu tragen – tagtäglich, heute und in kommenden Jahrzehnten. Eine Aufgabenstellung, auf die die NBB gut vorbereitet ist.

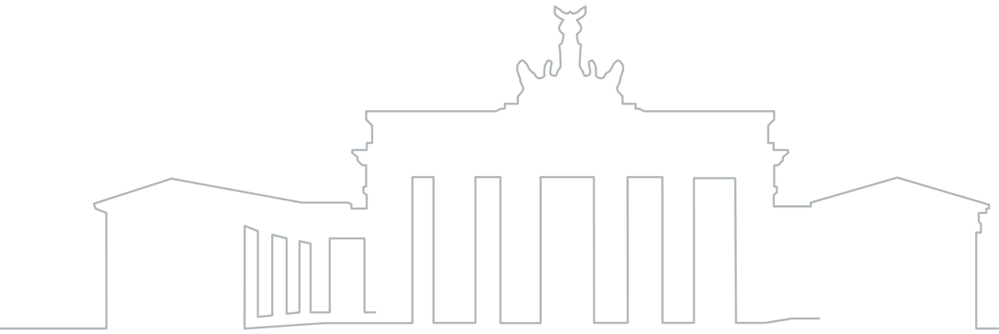
Ulf Altmann
Technischer Geschäftsführer

Frank Behrend
Kaufmännischer Geschäftsführer

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Erfolg

Erfolgreich vernetzen, das heißt für uns unter anderem, das Gasnetz der Hauptstadtregion mit so wenigen Ausfällen und Störungen wie möglich zu betreiben und durch das Mitgestalten des Wettbewerbs die Akzeptanz des vielseitigen Energieträgers Erdgas zu steigern. Beides ist uns gelungen. Auch wirtschaftlich sind wir erfolgreich gewesen: Trotz des milden Winters 2010/2011 konnten wir hohe Transportmengen und einen guten Umsatz verbuchen. Doch unser Erfolg misst sich nicht nur an Zahlen, sondern vor allem am Erfolg der Kunden, der Bürger und der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Sie sehen: Wir betrachten das Thema „erfolgreicher Netzbetrieb“ aus vielen Perspektiven. Fünf davon, die uns besonders wichtig sind, möchten wir Ihnen auf den folgenden Seiten näher vorstellen.



WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION MIT ENERGIE

Erdgas bedeutet Wärme für Wohnungen und Energie für die Wirtschaft in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Zugleich steht Erdgas für einen freien und dynamischen Markt, in dem sich ein faires Preisgefüge bei Lieferanten und Netzbetreibern eingestellt hat. Das macht Erdgas zu einem unentbehrlichen Energieträger in der Region.

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION MIT NACHHALTIGKEIT

Außer für unsere Kernaufgabe, den Gastransport, tragen wir auch Verantwortung für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger, die in der Hauptstadtregion leben. Nachhaltiges Wirtschaften ist daher eines unserer Hauptziele. Zum Schutz des Menschen und der Umwelt, heute und in kommenden Jahrzehnten.

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION MIT INNOVATIONEN

Mit dem Aufbau des ersten Berliner Micro Smart Grids schreibt die NBB Geschichte: Am Standort eines ehemaligen Gaswerks entsteht mit Hilfe eines effizienten Energiemanagements ein Modellquartier, das Erfahrungen für die Energieversorgung der Zukunft liefert. Ein Projekt, das über die Grenzen der Hauptstadtregion hinaus von Bedeutung ist.

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION MIT SICHERHEIT

Sicherheit bedeutet mehr als die zuverlässige Belieferung mit Energie. Es umfasst auch den Schutz des Gasnetzes vor Un- und Ausfällen durch extreme Wetterlagen, kriminelle oder terroristische Übergriffe. Auf das Unerwartete vorbereitet zu sein und schnell und angemessen reagieren zu können, das ist für uns Sicherheit.

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION MIT DER ZUKUNFT

Erdgas entwickelt sich stetig weiter. Es ist ein flexibel einsetzbarer, sauberer Energieträger. Nahezu CO_2-neutrales Bio-Erdgas fließt bereits heute durch unser Netz, künftig wird synthetisch erzeugtes Erdgas, hergestellt mit grünem Strom, die Volatilität von Wind- und Sonnenstrom beherrschbar machen. Im Gasnetz liegt die Zukunft.

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Energie

TORSTEN JAGOSCHINSKI
Anlageningenieur Gastechnik
bei der NBB

BERND BEETZ
Servicetechniker
bei der NBB

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Energie

Erdgas bedeutet Wärme für Wohnungen und Energie für unsere regionale Wirtschaft. Zugleich ist Erdgas ein Energieträger, der Freiheit bietet: Energiekunden können die Produkte Erdgas oder Bio-Erdgas beziehen und zwischen zahlreichen Gaslieferanten wählen. Diese Vielseitigkeit macht Erdgas zu einem unentbehrlichen Energieträger für Berlin und Brandenburg. Heute und morgen.

Aus gutem Grund gehört Erdgas zu den wichtigsten Energieträgern im deutschen Energiemix. Erdgas ist eine Stütze der Wirtschaft und die Basis für einen modernen Wärmemarkt. Es verbrennt sauberer als Erdöl, ist auch in den kommenden Jahrzehnten unbegrenzt verfügbar, benötigt keine haushaltsnahen Tanks und ist zu fairen Preisen erhältlich. Mit anderen Worten: Erdgas ist unverzichtbar für unsere heutige Gesellschaft und wird auch morgen eine Hauptrolle im Energiemarkt spielen – in Deutschland und ganz besonders in der dicht besiedelten, gut vernetzten Hauptstadtregion.

ERDGAS IST „ENERGIE AUF ABRUF“

Erdgas erfreut sich einer unverändert großen Nachfrage. Das belegt nicht zuletzt die von uns transportierte Menge, die angesichts des milden Winters im vergangenen Geschäftsjahr erstaunlich hoch ausgefallen ist. Die gute Akzeptanz von Erdgas ist unter anderem der Tatsache zu verdanken, dass es immer verfügbar ist. Somit sind Wärme für das Zuhause und Energie für Industriekunden stets bedarfsgerecht verfügbar.

Dies sicherzustellen ist ein Auftrag mit einer hohen Verantwortung. Es ist unsere Kernaufgabe, die wir seit Jahren zuverlässig und mit Begeisterung erfüllen. Denn was manchen Menschen auf den ersten Blick unattraktiv erscheinen mag – der Transport eines unsichtbaren, nicht greifbaren Mediums –, ist für unser Unternehmen sozusagen eine Berufung.

Um ihr nachzukommen, sind permanent Entscheidungen für den Betrieb des Netzes zu treffen, ist für seine Instandhaltung und für seinen Ausbau zu sorgen, und immer wieder sind technischer Nutzen und maximale Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen, damit eine hohe Verfügbarkeit zu niedrigen Kosten gegeben ist. Mit diesen Maßnahmen stellen wir die Versorgung sicher und leisten unseren Beitrag zur privaten und wirtschaftlichen Daseinsvorsorge in der Region Berlin-Brandenburg. Dazu gehören auch der – für uns selbstverständliche – diskriminierungsfreie Zugang zum Netz für alle Gashändler und wettbewerbsorientierte Netzentgelte.

ZUVERLÄSSIGE VERSORGUNG IST GESICHERT

Diese Aufgabe in einem liberalisierten Markt zu erfüllen, verlangt nicht nur Erfahrung im Umgang mit einer historisch gewachsenen Leitungsinfrastruktur oder einer geeigneten Leittechnik, in der Gasflüsse kontrolliert und koordiniert werden. Es erfordert ebenso Maßnahmen für einen Schutz der Versorgungs- und Betriebssicherheit und ein Gespür für einen Markt, der den Bürgerinnen und Bürgern der Hauptstadtregion die Freiheit bei der Wahl des Anbieters verschafft und die Optionen für eine energetisch und wirtschaftlich sinnvolle Umwandlung der im Erdgas enthaltenen Energie aufzeigt.

FÖRDERUNG DES WETTBEWERBS AM MARKT

Die Vielfalt an Teilaufgaben ist der Grund, warum im Team der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg neben Technikern und Netzstrategen zum Beispiel auch Kaufleute und Volkswirte aktiv sind. Gemeinsam sorgen sie für ein lebendiges Netz, das den technischen und den Marktbedürfnissen gerecht wird.

Im Sinne zukunftsfähiger Lösungen geht die NBB über die oben beschriebenen Anforderungen hinaus und fördert den liberalisierten Markt. Wir schaffen proaktiv mehr Wettbewerb auf dem Berliner Gasmarkt, damit Energiekunden eine größere Anbieterauswahl haben. Unter anderem durch unser Engagement ist der Berliner Gasmarkt zu dem lebendigsten in ganz Deutschland geworden. Die entstandene Anbieter- und Produktvielfalt beflügelt den Wettbewerb und führt zu fairen und transparenten Preisen für die Endkunden. Dies ist ein unschätzbarer Vorteil, von dem private Energieverbraucher ebenso profitieren wie das Gewerbe und die Industrie.

Kompetente Experten diskutieren die aktuellen Entwicklungen in der Energiewirtschaft und -politik.

Die Fachtagungen des NETZWERK ERDGAS leben von ihrem fachkundigen Publikum.

KOMMUNIKATIONSPLATTFORM FÜR ERDGAS

Um diesen Wettbewerb zu forcieren und gleichzeitig Möglichkeiten zur effizienten Nutzung des Energieträgers Erdgas aufzuzeigen, haben wir das NETZWERK ERDGAS ins Leben gerufen. Es ist eine Plattform für gewerbliche Gasmarktteilnehmer aus unterschiedlichen Bereichen, auf der sich Händler und Gewerbekunden ebenso wiederfinden wie Wohnungsbaugesellschaften, Technologieanbieter oder Dienstleistungsunternehmen. Hier werden Informationen zu Erdgas und Bio-Erdgas ausgetauscht, Möglichkeiten der Emissionsvermeidung durch die zeitgleiche Produktion von Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung) diskutiert oder Erdgas als Partner der regenerativen Energien dargestellt.

Denn Erdgas ist nicht nur geeignet als Brennstoff für reaktionsschnelle Kraftwerke, die in windschwachen oder sonnenarmen Zeiten ein Stromdefizit ausgleichen. Erdgas harmoniert auch hervorragend mit solarthermischen Anlagen, so dass Heizungsanlagen erneuerbare Energien optimal zur Warmwasserbereitung und Heizung einbeziehen können.

INEFFIZIENTE ENERGIETRÄGER ERSETZEN

In enger Partnerschaft mit anderen Marktteilnehmern setzt sich die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg für den ressourcenschonenden Einsatz von Erdgas ein, sei es im Wärmemarkt, in der Industrie oder als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge. Dazu gehören Seminare und Veranstaltungen, in denen Interessenten die technischen Möglichkeiten der Verwendung kennen lernen. In Zukunft sollen noch mehr Unternehmen und öffentliche Einrichtungen durch innovative Energiekonzepte von der Kompetenz der NBB und ihrer Partner profitieren. Ziel ist, die Energiekosten zu reduzieren und zugleich den CO_2-Ausstoß zu minimieren. Dabei kommt die Wirtschaftlichkeit nicht zu kurz: Manche Projekte haben eine Amortisationsdauer von wenigen Jahren, bei anderen können Contractoren die Investitionen vorfinanzieren und die Umsetzung sicherstellen, damit eine nachhaltige und klimaschonend arbeitende Gebäudetechnik nicht an Finanzierungshürden scheitert.

FEST VERANKERT IM ENERGIEMARKT DER ZUKUNFT

Der mit solchen Lösungen einhergehende Absatz des Energieträgers Erdgas hat positive Auswirkungen in vielerlei Hinsicht. Oft werden deutlich ineffizientere Lösungen verdrängt, die einen höheren Ausstoß an Emissionen und CO_2 mit sich bringen, etwa Öl-Heizungen und -Industriekessel. Zudem hilft jeder Kubikmeter Erdgas, der zusätzlich durch das Netz fließt, die Durchschnittskosten für den Netzbetrieb zu senken und somit den Gesamtmarkt zu beleben. Und schließlich wird Erdgas als Energieträger durch einen gesicherten Verbrauch und ein weitverzweigtes, gut gepflegtes Leitungsnetz noch besser etabliert, sodass es seiner Funktion als Partner der erneuerbaren Energien vollauf gerecht werden kann.

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Nachhaltigkeit

BAUARBEITEN IN BERLINS MITTE:
Bessere Koordination von Infrastrukturmaßnahmen.

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist in unserem Unternehmen der Ausdruck für eine weit gefasste Verantwortung. Nachhaltigkeit bedeutet für uns: die Energieversorgung der Zukunft sichern, den Standort Berlin-Brandenburg stärken und maximalen Nutzen für die Bevölkerung schaffen. Im Mittelpunkt stehen dabei der Mensch und der Schutz unserer Umwelt.

Der Begriff Nachhaltigkeit hat in der Energiebranche viele Facetten. Er steht für ein ressourcen- und klimaschonendes Vorgehen, für die Sicherung von Investitionen und für eine weitsichtige Planung, die den Anforderungen der Zukunft gerecht wird. Dies trifft auch auf die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg zu. Aus diesem Grund haben wir beispielsweise in den vergangenen sechs Jahren über 150 Millionen Euro in das Gasnetz Berlins investiert und es so auf maximale Verfügbarkeit und die künftigen Nutzungsanforderungen vorbereitet.

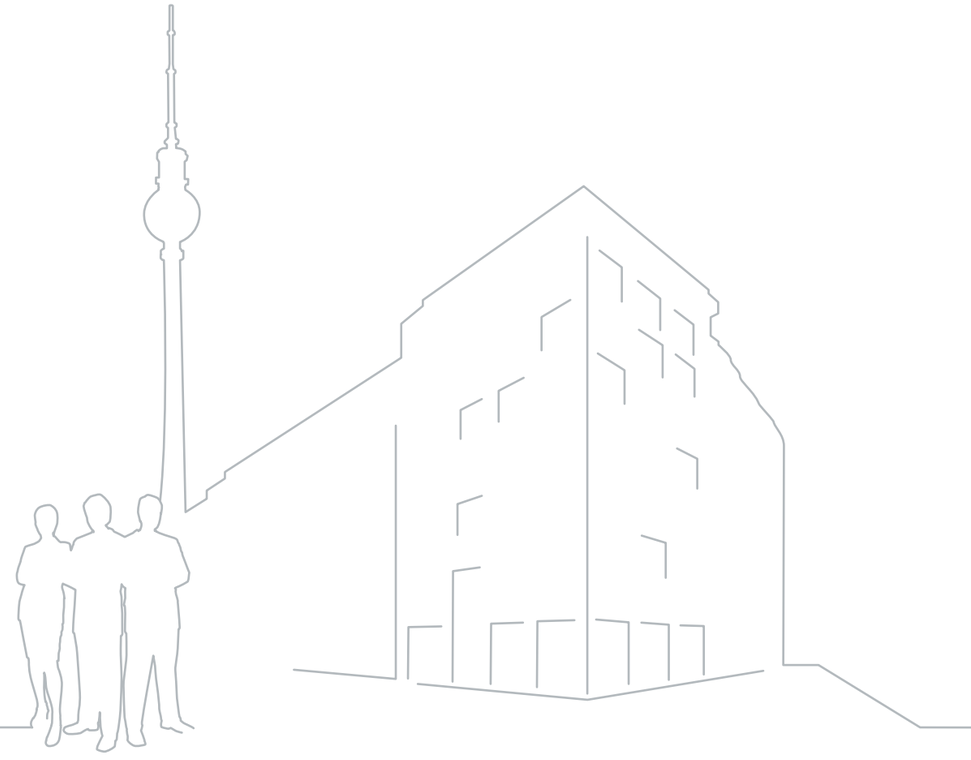
VERANTWORTUNG FÜR MILLIONEN MENSCHEN

Für uns ist Nachhaltigkeit aber mehr, als weitsichtige Netzinvestitionen zu tätigen: Für uns bedeutet sie auch, im Rahmen unserer Möglichkeiten Millionen Menschen in der Hauptstadtregion ein lebenswertes Umfeld zu bieten. Dieser Anspruch drückt sich in vielen unserer Aktivitäten aus, etwa in einem gepflegten Zustand der Netze. Deswegen gehört das Vermeiden von Störungen der Gasversorgung zu den Teilzielen, die sich aus unserem Verständnis von Nachhaltigkeit ableiten.

Dem werden wir durch eine zustandsorientierte Instandhaltung gerecht, etwa durch die langfristig wirksame Modernisierung bestehender Versorgungsleitungen. Damit dies möglichst effizient geschieht, arbeiten erfahrene Kräfte und junge Mitarbeiter zusammen und sanieren die teilweise mehrere Jahrzehnte alten Leitungen mit modernen Techniken wie dem PE-Relining: Diese Methode ermöglicht das Einziehen eines neuen Kunststoffrohres in eine bestehende Leitung, ohne dass umfangreiche Erdarbeiten erforderlich sind. Die Sanierung ist somit dauerhaft und kostengünstig und geht ohne Verkehrsstörungen vonstatten.

Nicht immer lässt sich bei unseren Infrastrukturmaßnahmen das Aufgraben einer Straße vermeiden – aber oft verkürzen. Voraussetzungen dafür sind eine weitsichtige Planung und ein geeignetes Instrumentarium zur Vorbereitung und Durchführung von Instandhaltungs- und Neubauprojekten. Insbesondere eine spontane Leitungsauskunft und eine gute Koordination aller Straßenbau- und Netzarbeiten minimieren die Kosten und Verkehrsbehinderungen. Daher hat die NBB die infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH gegründet. infrest betreibt eine webbasierte Anwendung zur Vermittlung von Leitungsanfragen zwischen privaten Bauherren, Bauunternehmen, Architekten und Planern, den Tiefbauämtern der Berliner Bezirke sowie Leitungsnetzbetreibern. Das Online-Portal www.infrest.de macht es künftig einfacher, Baumaßnahmen der verschiedenen Leitungsverwaltungen zu koordinieren, denn mit nur einer digitalen Anfrage erreichen die registrierten Nutzer alle an das System angeschlossenen Leitungsnetzbetreiber, Versorger und Behörden. Mittelfristig sollen etwa zwei Drittel aller Leitungsanfragen in Berlin auf diese Weise beantwortet werden. Das spart allen Beteiligten Aufwand, Zeit und Geld.

Mitten in Berlin: Seit dem Frühsommer 2011 wirkt die NBB von ihrem neuen Geschäftsgebäude am Hackeschen Markt aus. Das moderne Bürohaus ist als „Green Building“ zertifiziert.



PORTAL MIT POTENZIAL: INFREST

Das Portal hat das Potenzial, neben der schnellen Beauskunftung weitere Kostensenkungen zu bewirken, denn es speichert die von Netzbetreibern langfristig geplanten Baumaßnahmen, so dass andere Infrastrukturbetreiber diese einsehen können. Das gibt ihnen die Gelegenheit, Vorhaben zu synchronisieren und zum Beispiel im Zuge einer Aufgrabung mehrere Netzarbeiten parallel durchzuführen.

Neben den Netzbetreibern, die dadurch Kosten senken können, profitiert auch die Bevölkerung – sowohl in Form geringerer Netzentgelte als auch durch die Reduktion der Verkehrsbeeinträchtigungen. Die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung sowie für Wirtschaft, Technologie und Frauen und die Tiefbauämter der Berliner Bezirke haben die Entwicklung von infrest von Anfang an begleitet und gefördert. Insofern ist infrest beispielgebend für eine enge und gute Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Netzbetreibern in der Hauptstadt. Im Laufe des Jahres 2012 werden alle Bezirke in den Betrieb des Internetportals integriert.

Das Konzept von infrest überzeugt weit über die Grenzen Berlins hinaus. Anfragen aus verschiedenen Regionen Deutschlands belegen, dass ein hoher Bedarf an der vereinfachten Leitungsauskunft und der Koordination von Bauvorhaben existiert.

ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN UND ERHALTEN

Verantwortung für die Bürger der Hauptstadtregion zu tragen, heißt für uns aber auch, den Menschen in Berlin und Brandenburg sichere Arbeitsplätze zu geben. Dies tun wir unter anderem durch eine langfristig angelegte Personalpolitik, die Mitarbeitern die Chance auf eine langjährige Beschäftigung bietet. So können sie ihr Wissen und ihre Erfahrung ausbauen, was schlussendlich auch dem Netzbetrieb zugutekommt.

Die geringe Fluktuation unter unseren Mitarbeitern und teilweise über Jahrzehnte hinweg bestehende Arbeitsverträge bestätigen, dass wir mit diesem Konzept Erfolg haben. Zugleich kommen wir unserer Personalverantwortung durch den Aufbau zusätzlicher Arbeitsplätze und die qualifizierte Schulung neuer Kolleginnen und Kollegen nach, zum Beispiel im Rahmen von Trainee-Programmen. In diesen unternehmens- und praxisbezogenen Einarbeitungsphasen werden Techniker, Ingenieure oder Kaufleute an ihre neuen Aufgaben herangeführt. Das fördert ein sicheres Entscheiden und Durchführen der Arbeiten und steigert die Zufriedenheit am Arbeitsplatz. Als Arbeitgeber im weiteren Sinne fungieren wir außerdem, indem wir Aufträge an Dienstleister vergeben, vorzugsweise an Betriebe aus der Region Berlin-Brandenburg. Nach den Wasserbetrieben sind wir Berlins größter Auftraggeber für Infrastrukturarbeiten. Die Einbindung von Betrieben aus der Nähe vermeidet lange Anfahrtswege, hält die Wertschöpfung in der Region und ist die beste Voraussetzung für eine gute, langfristige Zusammenarbeit.

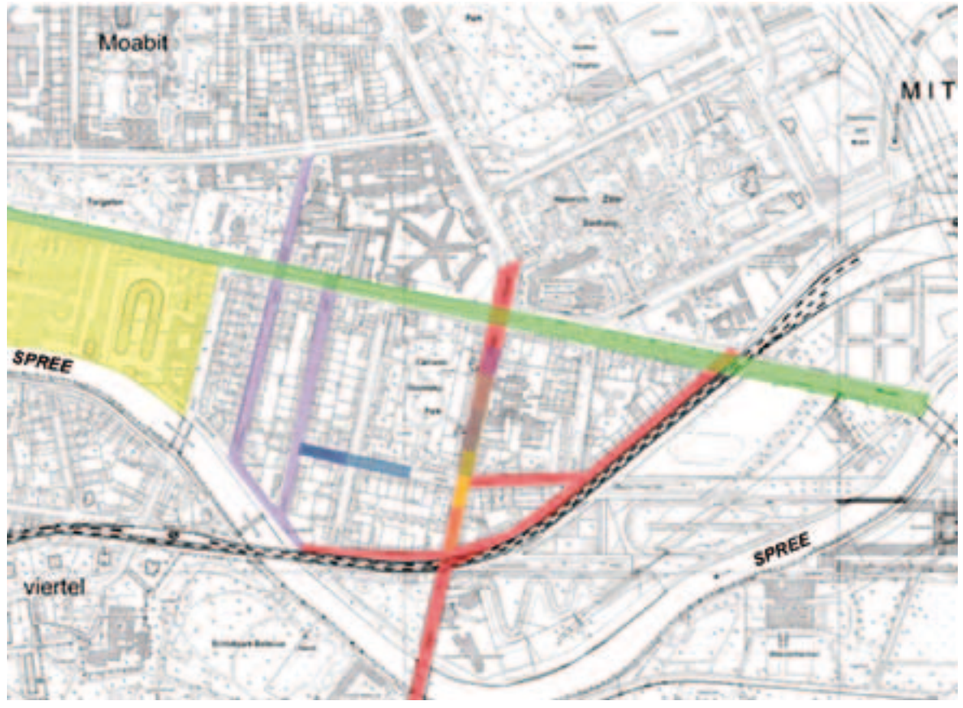
Die dauerhaften Beziehungen zu Unternehmen aus dem Straßen- und Tiefbau, zu den örtlichen Installationsbetrieben, Zulieferern und Dienstleistern kommen wiederum der Qualität der Arbeiten zugute, da die beauftragten Fremdfirmen wiederholt an unserem Netz arbeiten. So können sie auf eigene Erfahrungen aufbauen oder dank der räumlichen Nähe unkompliziert aus erster Hand Informationen von unserem Team beziehen. Daraus ergeben sich eine niedrige Reklamationsquote und eine hohe Netzzuverlässigkeit.

LEBEN UND ARBEITEN IM HERZEN DER HAUPTSTADT

Unsere Verbundenheit zur Hauptstadtregion konnten wir im Jahr 2011 durch unseren Umzug unterstreichen: Seit Frühsommer 2011 befindet sich unser Sitz im Hackeschen Quartier Berlin (HQB), zentral gelegen zwischen Alexanderplatz und Museumsinsel. Hier werden wir intensiv in und mit dieser Stadt leben und arbeiten können. Zudem bietet das neu bezogene Gebäude den Vorzug, dass wir in unseren eigenen Räumen Energieeffizienz praktizieren können, denn der Neubau ist als „Green Building“ zertifiziert. Das heißt: Aufgrund seiner nachhaltigen Bauweise kommt das Gebäude mit sehr wenig Energie und Wasser aus, sein Bau und sein Betrieb stellen eine minimale Belastung für Klima und Umwelt dar.

Die Modernisierung des Erdgasnetzes in Berlin und Brandenburg schreitet Jahr für Jahr weiter voran. Für die umfangreichen Maßnahmen setzt die NBB auf Unternehmen aus der Region.

PLANUNGSKARTE



Über die Planungskarte des Onlineportals infrest.de lassen sich Tiefbaumaßnahmen in Berlin besser miteinander koordinieren. Dadurch können unnötige Aufgrabungen und somit Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs vermieden werden.

REINHARD MÜLLER
Vorstand der EUREF AG

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

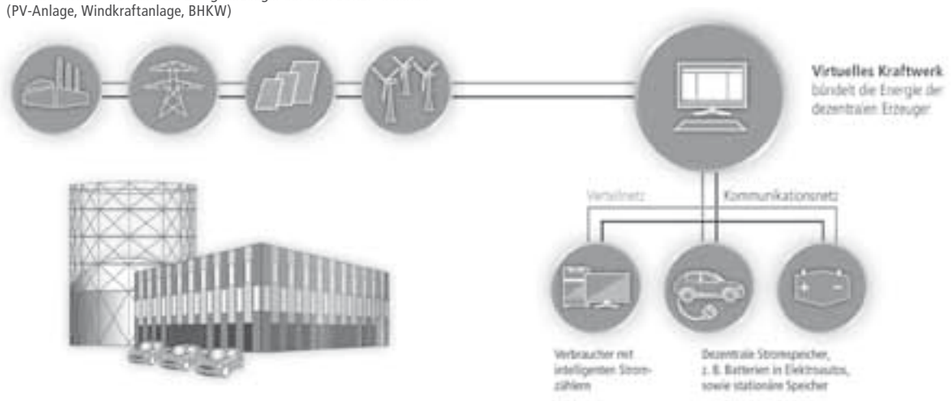
mit Innovationen

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Innovationen

Mit dem Aufbau des ersten Micro Smart Grids in Berlin schreibt die NBB Geschichte – an einem historischen Standort: Das EUREF-Gelände, ehemaliges Gaswerk und bekannt durch das zylindrische Stahlskelett des Gasometers, wird dank energieeffizienter Gebäude und des optimalen Managements erneuerbarer Energien zu einem Modellquartier werden. Dort sammelt die NBB heute schon wertvolle Erfahrungen beim Energie- und Lastmanagement, die unentbehrlich sind für die CO_2-arme Energieversorgung der Zukunft.

Großkraftwerke + Dezentrale Energieerzeuger auf dem EUREF-Gelände (PV-Anlage, Windkraftanlage, BHKW)



EINE ENERGIEGELADENE GESCHICHTE

Wenn es um die nachhaltige und klimaschonende Energieversorgung geht, fallen Begriffe wie „virtuelles Kraftwerk“, „Dekarbonisierung“ und „Smart Grid“. Sie sind anderenorts bloße Schlagwörter in Szenarien, in Berlin dagegen werden Visionen wahr. Und die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg übernimmt dabei an zentraler Stelle Verantwortung. Zum Beispiel auf dem EUREF-Gelände in Berlin-Schöneberg, einem Standort mit einer – im wahrsten Sinne des Wortes – energiegeladenen Geschichte. Auf diesem Areal entstand vor etwa hundert Jahren Berlins größter Gasometer. Er diente jahrzehntelang als Gasspeicher und steigerte durch das Entkoppeln von Gasproduktion bzw. -lieferung und Gasverbrauch die Versorgungssicherheit. Nun wird das Gelände mit einer von Berlins wichtigsten Landmarken zum Leitbild für die Energieversorgung und das Energiemanagement von morgen.

AUFBRUCHSTIMMUNG IM HERZEN BERLINS

Die Stilllegung des Gasometers in den 1990er Jahren bot die Chance, das Werksgelände neu zu nutzen. Der Berliner Architekt Reinhard Müller hat diese Gelegenheit ergriffen, führt die Tradition des Standorts fort und platziert „Energie“ als bestimmendes Thema auf dem Gelände. Ein Anspruch, der doppelt erfüllt ist: Zum einen wurden Unternehmen mit Bezug zum Thema Energie als Mieter auf dem Gelände gewonnen und mit dem EUREF-Campus ein Wissenschafts-Cluster für Umwelt, Klima, Energie und Mobilität gegründet. Zum anderen zielt das stadtplanerische Konzept auf maximalen Klima- und Ressourcenschutz. Reinhard Müller: „Durch den engen Austausch zwischen Wissenschaft und Lehre sowie praxisnaher Forschung und Anwendung entsteht hier eine einzigartige Erprobungsplattform für die Modellstadt von morgen.“

DIE INTELLIGENTE STADT

Das Symbol dieser Modellstadt ist der denkmalgeschützte Gasometer, heute als Veranstaltungsort bekannt, an dem neben Wissenschaftskongressen auch jeden Sonntag die Talkshow „Günther Jauch“ stattfindet. Künftig soll in dem Stahlzylinder ein Bürokomplex entstehen, der zusammen mit den umliegenden Gebäuden beispielgebend sein wird für ein CO_2-neutrales, künftig sogar CO_2-freies Stadtquartier. Energieoptimierte Gebäude, der Einsatz von Strom aus Photovoltaik- und Windkraftanlagen, Erdwärme oder mit Bio-Erdgas betriebene Blockheizkraftwerke und ein ausgeklügeltes Energiemanagement werden das Wohnen, Arbeiten und die Mobilität in diesem Stadtteil maximal klimafreundlich gestalten. Mit dem Messel-Bau befindet sich zum Beispiel Berlins erstes CO_2-neutrales Bürogebäude auf dem Gelände.

SMART GRID BEREITS UMGESETZT

Für dieses nachhaltige Energiemanagement ist ein Smart Grid (intelligentes Netz) essenziell. Nur die intelligente Netzführung unter Einbeziehung aller Energieerzeuger, -speicher und -verbraucher schafft die gewünschte Nachhaltigkeit bei praxisrelevanten Preisstrukturen. Ein solches Energiemanagement wird durch die NBB bereits umgesetzt. Bei der NBB laufen die relevanten Daten der auf dem Gelände installierten innovativen Energieerzeuger und Energieverbraucher über ein Smart Grid zusammen.

Das „Gehirn“ dieses intelligenten Netzwerks ist eine von der NBB betriebene Leitstelle auf dem EUREF-Gelände. Dort managt die NBB spartenübergreifend sämtliche Energieflüsse auf dem Areal. Die ebenfalls auf dem Gelände präsente KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH übernimmt das Monitoring und schützt die Infrastrukturen.

Dabei werden neben den heute bereits etablierten Techniken auch zukünftige Optionen in der Leittechnik berücksichtigt, wie sie beispielsweise für die Umwandlung überschüssigen grünen Stroms in Gas durch Elektrolyse erforderlich sein werden. Diese „Power-to-Gas“-Technologie soll die gleiche Aufgabe wahrnehmen, wie sie der Gasometer früher hatte: überschüssige Energie zwischenzuspeichern und die Versorgungssicherheit zu steigern – nun allerdings mit dem Anspruch, Erdgas als Partner der erneuerbaren Energien zu etablieren. Parallel dazu soll die E-Mobility im Quartier und darüber hinaus forciert werden, sodass Elektrofahrzeuge ebenfalls als steuerbare Energieverbraucher und -speicher in das Smart Grid einbezogen werden können.

HERAUSFORDERUNGEN ANNEHMEN UND ZEICHEN SETZEN

„Die Transformation eines ehemaligen Gaswerks, eines Symbols der industriellen Entwicklung Berlins, in ein modernes und richtungweisendes Stadtquartier, vielleicht das erste CO_2-freie Stadtquartier in Europa, ist eine herausragende Aufgabe“, so Architekt und Initiator Reinhard Müller. „Ohne die Menschen, die den Energiefluss mit dem Micro Smart Grid kontrollieren, wäre diese Herausforderung nicht zu meistern.“

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Sicherheit

Sicherheit als oberstes Prinzip:
DER ENTSTÖRUNGSDIENST DER NBB

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit Sicherheit

Sicherheit bedeutet mehr als die zuverlässige Belieferung mit Energie. Eine Infrastruktur wie das Berliner Gasnetz kann jederzeit durch menschliches Versagen, extreme Wetterlagen, kriminelle oder terroristische Übergriffe gefährdet sein – oder aufgrund einer technischen Störung wie einer Leckage versagen. Für uns bedeutet Sicherheit auch, auf diese Situationen vorbereitet zu sein und im Fall der Fälle schnell und angemessen reagieren zu können.

VORSORGE FÜR DIE VERSORGUNGSAUFGABE

Leitungsgebundene Infrastrukturen wie Gas-, Wasser- oder Stromnetze sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und essenziell für die Wirtschaft. Nicht umsonst ist in den einschlägigen Regelwerken festgelegt, dass insbesondere Gas und Wasser jederzeit bereitstehen sollen. Durch den sachgerechten Betrieb sowie die vorausschauende Instandhaltung stellen wir dies sicher. Unsere Ausfallstatistik zeigt: Wir beherrschen diese Aufgabe. Die Professionalität unserer Dienstleistung offenbart sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass nicht nur neue Technik im Berliner Gasnetz existiert. Auch Leitungen, die bereits seit einem Jahrhundert Dienst tun, werden durch uns sicher und professionell betrieben.

ZUVERLÄSSIGKEIT UND SICHERHEIT

Der sichere Betrieb eines Netzes geht aber weit über die Versorgungssicherheit hinaus. Auf Störfälle im Gasnetz beispielsweise muss – bei Tag und Nacht – binnen kürzester Zeit reagiert werden; von der Störungsmeldung bis zum Eintreffen der Servicetechniker am Einsatzort darf maximal eine halbe Stunde vergehen, damit potenzielle Gefahren schnellstmöglich erkannt und abgewendet werden. Dafür bedarf es einer professionellen Störungsstelle, die schnell Ort und Art des Störfalls feststellt, sowie einer motivierten Einsatzbereitschaft und einer ausgeklügelten Wege- und Personaleinsatzplanung. Unentbehrlich sind selbstverständlich erfahrene, gut geschulte Mitarbeiter, die zügig die richtigen Entscheidungen treffen und strukturiert handeln.

AUF UNERWARTETES ROUTINIERT REAGIEREN

Technische Defekte sind jedoch nur ein Risiko, das es zu beherrschen gilt. Bei Erdarbeiten zum Beispiel kann – der Leitungsauskunft zum Trotz – versehentlich eine Leitung beschädigt werden. Weitere Risiken sind Naturkatastrophen oder möglicherweise sogar kriminelle Handlungen und terroristische Anschläge.

Auf diese unvorhersehbaren Ereignisse vorbereitet zu sein, gelingt uns dank unserer Mehrheitsbeteiligung KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH. Sie ist darauf spezialisiert, potenzielle Gefahren zu erkennen, Schwachstellen zu analysieren, Präventionsmaßnahmen zu erarbeiten und reaktionsschnelle Organisationsstrukturen zu schaffen. Dabei beschränkt sich die KKI GmbH nicht nur auf ein Netz, sondern betrachtet auch die Wechselwirkung zwischen den Infrastrukturen. Zum Beispiel kann sich der Ausfall von Teilen des Stromnetzes auf die Trinkwasserversorgung auswirken.

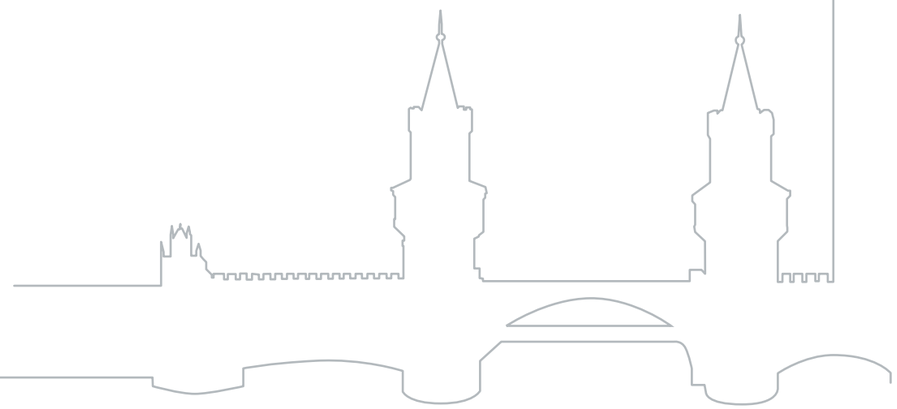
Mit innovativen Schulungsansätzen wird bei der KKI GmbH ein einheitliches und strukturiertes Vorgehen bei der Bewältigung von Störungen im Leitungsnetz vermittelt.

KOMMUNIKATION UND KOOPERATION

Um in Krisensituationen adäquat reagieren zu können, arbeiten NBB und KKI intensiv mit Unternehmen, Einsatzdiensten wie der Polizei und der Feuerwehr, anderen Netzbetreibern sowie mit der Wissenschaft zusammen. Regelmäßige Schulungen und praktische Übungen im Technischen Sicherheitszentrum der KKI GmbH halten die Mitarbeiter von Entstörungs- und Bereitschaftsdiensten fit für den Ernstfall, damit Krisen nicht zu Katastrophen werden. Denn hier geht es nicht nur um die zuverlässige Versorgung der Hauptstadtregion, sondern um das Abwenden materieller Schäden, um die öffentliche Sicherheit und vor allem um den Schutz von Leib und Leben.

ANERKANNT KOMPETENTER KRISENSCHUTZ

Die KKI GmbH genießt bereits ein Jahr nach ihrer Gründung überregional Ansehen, wie Beratungsanfragen und Kooperationsinteressen aus ganz Deutschland beweisen. Durch die enge Kommunikation der NBB mit der KKI und ihren Partnern sind wir als Netzbetreiberin in der Lage, Sicherheit „planbar" zu machen. Das schafft wiederum Sicherheit für das politische Zentrum Deutschlands und für Millionen Bürger in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.



Energie von morgen für heute:
BIOMETHAN-RAFFINERIE IN BARSIKOW

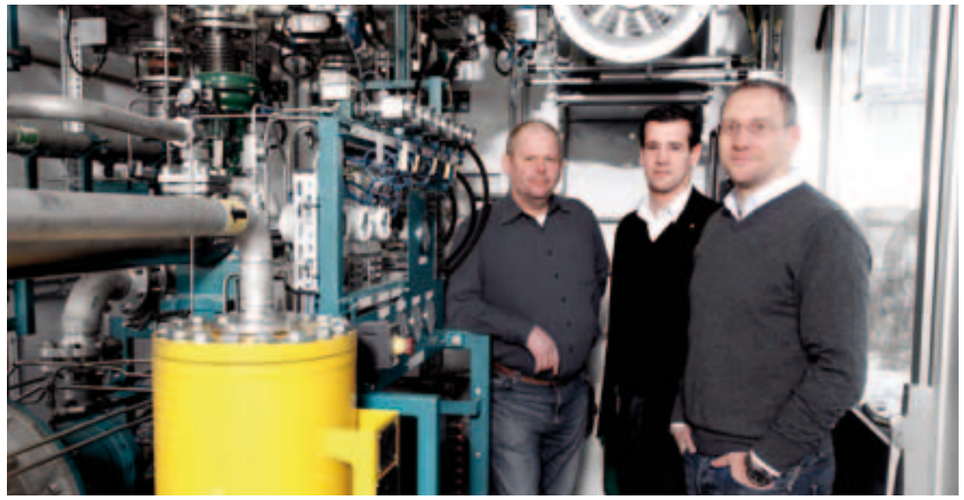
WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit der Zukunft

WIR VERNETZEN DIE HAUPTSTADTREGION

mit der Zukunft

Im Gasnetz hat die Zukunft längst begonnen. Bei der NBB steht Gas nicht nur für Erdgas, sondern ist der Überbegriff für einen hochflexibel einsetzbaren Energieträger. Denn neben dem fossilen Energieträger Erdgas transportieren unsere Netze heute schon Bio-Erdgas, das klimaneutral aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen wird. Zukünftig kann synthetisch erzeugtes Erdgas, hergestellt mit grünem Strom, das bestehende Rohrnetz mitnutzen und die Volatilität von Wind- und Sonnenstrom beherrschbar machen. Unser Gasnetz ist daher der ideale Wegbereiter für den Übergang von der fossilen in die regenerative Energiewirtschaft.



Von hier gelangt klimafreundliches Bio-Erdgas ins Netz und damit zu den Verbrauchern: Dirk Peters, Geschäftsführer der Agro-Farm GmbH Nauen, Daniel Richter, Anlageningenieur bei der NBB, und Jan Köneke, Prokurist der mdp GmbH (von links).

ERDGAS ENTWICKELT SICH WEITER

Erdgas, Bio-Erdgas oder synthetisches Methan sind unterschiedlicher Herkunft, haben jedoch eines gemeinsam: Sie bestehen hauptsächlich aus Methan (CH_4). Das erlaubt ein Vermischen dieser verschiedenen „Gassorten" ohne Auswirkungen auf die technischen Verbraucher. Alle Sorten können in einer Infrastruktur transportiert und gespeichert werden. Was zunächst nur wie eine Erweiterung unserer Transportaufgabe aussieht, hat positive Konsequenzen für den unabdingbaren Wandel der Energiewirtschaft.

SANFTES AUSKLINGEN DES FOSSILEN ENERGIEZEITALTERS

Erdgas, das sich in den vergangenen Jahrzehnten als klimaschonender Energieträger auf dem Wärmemarkt etablieren konnte, nimmt nach wie vor mit Abstand den größten Anteil am Transportvolumen ein. Und immer noch gelten die Argumente, die Erdgas stark gemacht haben: Es ist ein sauberer fossiler Energieträger, wird direkt bis zum Kunden geliefert und ist aufgrund weitsichtiger Verträge mit Vorversorgern und dank der Speicherkapazitäten im Netz jederzeit verfügbar. Doch zu Erdgas gibt es inzwischen eine noch klimafreundlichere Alternative: Bio-Erdgas.

CO_2-NEUTRAL UND VIELSEITIG: BIO-ERDGAS

Bio-Erdgas ist der Name für Biogas, das durch Filterverfahren zu Erdgasqualität aufbereitet wurde. Da das Ausgangsprodukt Biogas aus Abfällen, nachwachsenden Rohstoffen oder Gülle gewonnen wird, ist es ein klimafreundlicher Energieträger. Bei der Verbrennung wird nur so viel CO_2 freigesetzt, wie zum Beispiel die Energiepflanzen beim Wachstum aus der Luft aufgenommen haben. Früher kam Biogas in erster Linie bei der Stromproduktion zum Einsatz, denn am Ort der Kleinkraftwerke – typischerweise in ländlichen Regionen – existieren selten so große Wärmeverbraucher, dass sich die thermische Energie des Umwandlungsprozesses sinnvoll vor Ort verwenden lässt. Ein Teil der im Brennstoff enthaltenen Ökoenergie blieb bislang ungenutzt. Damit macht Bio-Erdgas Schluss.

Unser Gasnetz verbindet Bio-Erdgas-Produzenten und Verbraucher in optimaler Weise: Bio-Erdgas, das im Berliner Umland, zum Beispiel in Barsikow oder in Nauen, erzeugt wurde, wird auch für die Kunden in der Hauptstadt nutzbar gemacht. Die Kombination des Einsatzes von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, in denen sich durch die zeitgleiche Erzeugung von Strom und Wärme Wirkungsgrade von über 90 Prozent erzielen lassen, mit Bio-Erdgas stellt einen wesentlichen Beitrag zur CO_2-Reduzierung dar. Wer unser Klima schützen möchte, kann sich explizit für Bio-Erdgas entscheiden.

VORBEREITET AUF DIE ZUKUNFT

Mit synthetischem Erdgas tritt ein weiterer klimaneutraler Energieträger auf den Plan, der nicht nur die Abhängigkeit von fossilen Quellen verringert, sondern darüber hinaus die Stromnetze entlastet. Denn zur Herstellung dieses Gases kann zum Beispiel überschüssiger Windstrom verwendet werden, der heute noch zu Niedrigpreisen auf dem Markt angeboten werden muss, im schlimmsten Fall sogar wegen drohender Stromnetzüberlastung gar nicht erst eingespeist werden kann. Synthetisches Gas bietet also die Chance, einen Ökostromüberschuss zur Gasherstellung zu nutzen und für andere technische Verbraucher verfügbar zu machen: für Heizungsanlagen, Blockheizkraftwerke oder für Gaskraftwerke, die bei Strommangel Engpässe überbrücken. Dabei stellt das Gasnetz eine Speicherkapazität bereit, die etwa einem Sechstel des jährlichen Stromverbrauchs entspricht. Auch die Beimischung von reinem Wasserstoff, ökologisch durch Elektrolyse hergestellt, ist bis zu einem gewissen Anteil ohne Auswirkungen auf das Gasnetz oder die Gasverbraucher machbar. Das Gasnetz wird so zu einem spartenübergreifenden, universellen Energiespeicher.

ERSTE POWER-TO-GAS-PROJEKTE IN REICHWEITE

Die „Power-to-Gas"-Technologie ist kein gasspezifisches Thema, sie verlangt vielmehr ein spartenübergreifendes Handeln, wie es die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg Tag für Tag praktiziert. Schließlich betreibt unser Unternehmen neben dem Berliner Gasnetz unter anderem auch Strom-, Wasser-, Abwasser-, Fernwärme- und Kabelnetze in Brandenburg und hat seine Kompetenz als Infrastrukturbetreiberin über Jahre unter Beweis gestellt. Diese anerkannte Kompetenz hat bereits zu Anfragen geführt, bei Power-to-Gas-Pilotprojekten mitzuwirken. Die NBB wird sich auch hier engagieren. ■

Lagebericht 2011

1. GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN 36

1.1 Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen 36

1.2 Energiepolitische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen 36

1.3 Organisatorische Rahmenbedingungen 39

1.4 Geschäftsentwicklung 40

1.5 Tätigkeitsabschluss Verteilung 44

2. ERTRAGS-, VERMÖGENS- UND FINANZLAGE 46

2.1 Ertragslage 46

2.2 Vermögens- und Finanzlage 48

2.3 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage 50

3. NACHTRAGSBERICHT 52

4. RISIKOBERICHT 53

5. PROGNOSEBERICHT 56

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach der Konjunkturprognose des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. vom Herbst 2011 hat sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland im zweiten Quartal abgeschwächt und ist in der zweiten Jahreshälfte aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum, vor allem durch die Staatsschuldenkrise, moderat ausgefallen, aber nicht zum Erliegen gekommen. Infolge des guten wirtschaftlichen Verlaufs zu Beginn des Jahres nahm das Bruttoinlandsprodukt dennoch im Jahr 2011 preisbereinigt um 3,0 % zu.

Impulsgeber in der deutschen Wirtschaft ist die Industrie. Jedoch haben sich die Risiken aus dem europäischen und weltwirtschaftlichen Umfeld erhöht, wodurch die Aufwärtsentwicklung gebremst wurde. Dies zeigte sich besonders in den schwächeren Auftragseingängen. Die deutschen Exporte trugen weiterhin zum Wachstum bei, wobei auch hier die Impulse in der zweiten Jahreshälfte 2011 geringer ausfielen.

Stabilisierend wirkte die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt im Berichtsjahr, die sich durch eine sinkende Arbeitslosenquote und hohe Arbeitskräftenachfrage ausgezeichnet hat.

Trotz europäischer Schuldenkrise verzeichnete die Bauindustrie keine Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur. Für den Zeitraum Januar bis November ergab sich ein Umsatzplus von 11,3 % und ein Auftragsplus von 6,6 %. Wachstumstreiber blieb der Wohnungsbau, wobei die Auftragseingänge von Januar bis November um 20,5 % zunahmen. Die Nachfrage im Wirtschaftsbau von Januar bis November verzeichnete einen Zuwachs von 12,1 %. Im Öffentlichen Bau hingegen schlägt sich von Januar bis November ein Rückgang von 4,5 % nieder.

Das Berliner Bauhauptgewerbe hat im Zeitraum Januar bis November einen Anstieg des Umsatzes von 11,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. In Brandenburg stieg der baugewerbliche Umsatz von Januar bis November um 13,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Der Erdgasmarkt hat laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. einen Verbrauchsrückgang zu verzeichnen. Im Berichtsjahr lag der Erdgasverbrauch mit 850 Mrd. kWh um 10 % unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes. Ausschlaggebend für diesen Rückgang ist die geringere Nachfrage nach Heizgas aufgrund der höher liegenden Temperaturen in den ersten sechs Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

1.2 ENERGIEPOLITISCHE, RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Mit dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das am 13. Juli 2005 in Kraft getreten ist, erfolgte die Einführung des regulierten Netzzugangs. Die Zuständigkeit der Regulierung auf Bundesebene obliegt der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA). Die Entscheidungen der BNetzA haben maßgeblichen Einfluss auf die Branche, die weiterhin durch einen wachsenden Wettbewerbs- und Kostendruck geprägt ist.

Bereits am 1. Januar 2009 wurden die deutschen Energienetze dem Anreizregulierungssystem unterworfen, durch das die zuvor geltende Kostenregulierung ersetzt wurde. Kernelement der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) ist die Festlegung von Erlösobergrenzen für Netzbetreiber für jedes Jahr einer Regulierungsperiode. Auf dieser Basis haben die Netzbetreiber ihre Netzentgelte zu ermitteln. Die erste Regulierungsperiode startete am 1. Januar 2009 und läuft bis zum 31. Dezember 2012. Die sich anschließende zweite Regulierungsperiode hat eine Laufzeit von 5 Jahren und endet am 31. Dezember 2017.

Um die Investitionstätigkeit der Netzbetreiber durch die Systematik der Anreizregulierung nicht zu hemmen, sieht § 25 ARegV auf Antrag des Netzbetreibers die Gewährung eines pauschalierten Investitionszuschlages (PIZ) vor, der jährlich 1 % der kalkulatorischen Kapitalkosten betragen kann und in die Erlösobergrenzen erhöhend einbezogen wird. Die NBB hat für die von ihr betriebenen Netze den PIZ ermittelt und bei der BNetzA beantragt.

Ein sich gegebenenfalls während der Regulierungsperiode ergebender Änderungsbedarf in Bezug auf die Versorgungsaufgabe des Netzbetreibers wird in § 10 ARegV berücksichtigt. Danach kann der Netzbetreiber unter bestimmten Voraussetzungen einen Erweiterungsfaktor beantragen. Die NBB hat für die von ihr betriebenen Netze von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und einen Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenze unter Berücksichtigung eines Erweiterungsfaktors bei der BNetzA gestellt.

Als Folge der durch den Bundesgerichtshof (BGH) im Jahr 2008 bestätigten Rechtsauffassung der BNetzA zur rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung hat die NBB im Geschäftsjahr 2009 der Teilnahme am vereinfachten Mehrerlösabschöpfungsverfahren bei gleichzeitigem Rechtsmittelverzicht und einer annuitätischen Verteilung der Mehrerlöse gegenüber der BNetzA zugestimmt. Der von der BNetzA bestätigte jährliche Mehrerlösabschöpfungsbetrag reduziert die Erlösobergrenze der NBB in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 um jeweils 11.526 Tausend Euro.

Neben der Mehrerlösabschöpfung gibt es weiterhin nach § 10 Satz 1 Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) die Verpflichtung für Betreiber von Gasversorgungsnetzen, nach dem Abschluss einer Kalkulationsperiode die Differenz zwischen den ermittelten Erlösen und den für diese Periode zu Grunde gelegten Netzkosten zu ermitteln. Die periodenübergreifende Saldierung erfolgt pro Regulierungsperiode. Der saldierte Differenzbetrag 2008 wirkt in den Jahren 2010 bis 2012 netzentgelterhöhend.

Seit Einführung der ARegV wird die Differenz zwischen der Erlösobergrenze und den vom Netzbetreiber erzielten Erlösen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 ARegV jährlich auf dem Regulierungskonto verbucht. Gleiches gilt gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV für die Differenz zwischen den im Kalenderjahr bei der Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen entstandenen Kosten und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen. Im letzten Jahr der Regulierungsperiode wird der Saldo des Regulierungskontos für die vorangegangenen vier Kalenderjahre ermittelt und mit entsprechenden verzinsten Zu- oder Abschlägen gleichmäßig über die folgende Regulierungsperiode verteilt. Gemäß § 5 Abs. 3 ARegV müssen die Netzentgelte vor Ende der Regulierungsperiode angepasst werden, sofern die tatsächlich erzielten Erlöse die nach § 4 ARegV zulässigen Erlöse des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres um mehr als 5 % übersteigen. Unterschreitungen der vorgenannten Grenze können weitergegeben werden.

Am 4. August 2011 hat die Bundesregierung eine weitere Novelle des EnWG beschlossen. Im Fokus dieser Gesetzesänderung standen im Wesentlichen Regelungen zum Verbraucherschutz, zur Verschärfung der Entflechtungsvorgaben für vertikal integrierte Energieunternehmen, Vorgaben für die Einführung intelligenter Messsysteme sowie der weitere Umbau der Energiewirtschaft vor dem Hintergrund des neuen Energiekonzepts und des Atomausstiegs der Bundesregierung. Während für die Netzbetreiber der Endverteilerstufe die Verbraucherschutzregelungen im neuen EnWG mit zusätzlichen Kostenbelastungen durch Anpassungen von IT-Systemen verbunden sind und damit die Erlöse der Netzbetreiber schmälern, bieten der Atomausstieg und die hierdurch erforderlichen Brückenenergien für die Gasbranche gute Chancen.

Mit der EnWG-Novelle wurden die Regelungen zur Messung noch einmal grundsätzlich überarbeitet. Messstellenbetrieb und Messung sind nach wie vor grundsätzlich die Aufgabe des Betreibers von Energieversorgungsnetzen. Das Gesetz ist am Tag nach seiner Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt am 4. August 2011 in Kraft getreten. Die Novellierung der Messzugangsverordnung (MessZV) ist für Mitte 2012 angekündigt. Die neuen Regelungen zum Messwesen treffen erstmals eine deutliche Unterscheidung von Strom und Gas. Der separate Aufbau einer Smart-Metering-Infrastruktur für Gas, unabhängig von Messsystemen für Strom, ist nicht vorgesehen. Dennoch sollen Gasmesseinrichtungen in ein Messsystem im Sinne von § 21d EnWG integriert werden können.

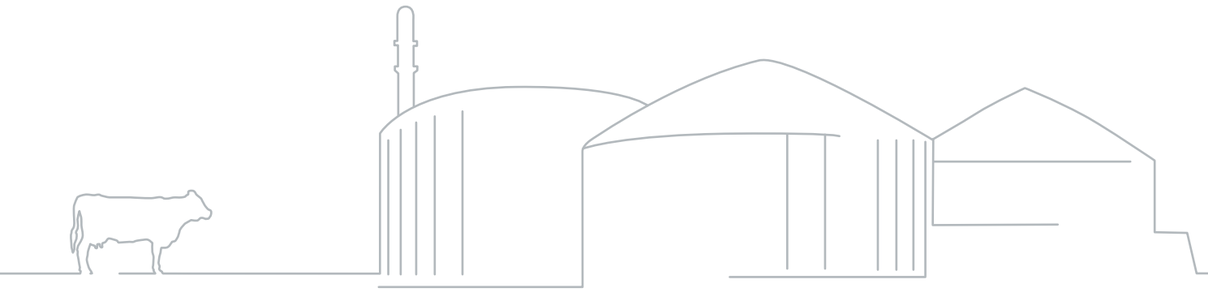
Am 30. Juni 2011 haben die Verbände BDEW, VKU und GEODE die Weiterentwicklung der bestehenden Kooperationsvereinbarung zwischen den Gasnetzbetreibern und den Marktgebietsverantwortlichen (Kooperationsvereinbarung IV) verabschiedet, die zum 1. Oktober 2011 in Kraft getreten ist. Für die Auslegung der Regelungen der Kooperationsvereinbarung sowie die Darstellung der Prozesse wurden die bestehenden Leitfäden angepasst (Leitfaden zu Geschäftsprozessen zur Führung und Abwicklung von Bilanzkreisen bei Gas), wodurch sich zahlreiche Anpassungen bei Netzbetreibern ergaben.

Im Geschäftsjahr 2011 erfolgte die Kostenprüfung für die Ermittlung der Erlösobergrenze der zweiten Anreizregulierungsperiode für den Zeitraum 2013 bis 2017. Ermittelt wurden die Kosten des abgeschlossenen Geschäftsjahres 2010 unter erstmaliger Berücksichtigung der Kosten konzerninterner Dienstleister, soweit deren Umsatz mindestens 5 % der gesamten Netzkosten der NBB im Jahr 2010 ausgemacht hat.

Die Erhebung und Dokumentation der relevanten Kosten der NBB und der mit ihr konzernrechtlich verbundenen Dienstleister erfolgte nach den Vorgaben der BNetzA im Rahmen von verbindlichen Erhebungsbögen, die die NBB an die BNetzA fristgerecht am 1. Juli 2011 übermittelt hat. Die im Laufe des Jahres 2012 durch die BNetzA zu bestätigenden Kosten stellen die Basis für die Berechnung der Erlösobergrenzen für die folgende Regulierungsperiode dar.

Im Jahr 2011 wurden außerdem die Strukturparameter der NBB durch die BNetzA abgefragt. Diese repräsentieren die kostenbeeinflussenden Infrastrukturbestandteile des Erdgasnetzes unter Berücksichtigung von Marktumfeldbedingungen. Ein Benchmarking der Strukturparameter aller vergleichbaren Netzbetreiber unter Berücksichtigung der erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb ist Grundlage des durch die BNetzA festzulegenden Effizienzwertes des Netzbetreibers, der den Verlauf der Erlösobergrenze während der zweiten Anreizregulierungsperiode von 2013 bis 2017 bestimmt.

Die Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen ist ein aktuelles Thema für viele Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreiber und Kommunen, da ein Großteil der bundesweit bestehenden Konzessionsverträge in den nächsten Jahren ausläuft. Mitte Dezember 2010 haben das Bundeskartellamt (BKartA) und die BNetzA einen gemeinsamen Leitfaden zur Konzessionsvergabe und zum Wechsel des Konzessionsnehmers in den Sparten Strom und Gas veröffentlicht. Der neue Leitfaden dient allen Beteiligten als Orientierungshilfe und legt die Rahmenbedingungen fest, bei deren Einhaltung ein Konzessionsvergabeverfahren aus Sicht beider Behörden formal korrekt abläuft.



Bedeutende Entwicklungen, besonders für den Energiesektor, ergeben sich aus dem Energiekonzept der Bundesregierung, welches „saubere, sichere und bezahlbare“ Energie auch in Zukunft gewährleisten soll. Im Bereich des Netzbetriebes ist die Informationsoffensive „Netze für eine umweltschonende Energieversorgung“ geplant. Diese dient der Akzeptanzsicherung bei der Bevölkerung für den dringenden Netzausbau. Darüber hinaus soll eine deutschlandweite Netzausbauplanung installiert werden. Ziel ist es, eine verbindliche Grundlage für den Netzausbau zu schaffen, wobei zwischen allen Netzbetreibern ein zehnjähriger Netzausbauplan abgestimmt wird. Des Weiteren werden Förderungen für bestehende Biogasanlagen überprüft, damit Anlagen mit zusätzlichen Gasspeichern, Generatoren und Wärmespeichern ausgestattet werden können. Die im Energiekonzept dargestellten Energieeinsparungspotenziale werden zukünftig zu Rückgängen im Gasverbrauch führen. Auf der anderen Seite wird sich der Einsatz von Erdgas als Brückenenergie infolge des in 2011 beschlossenen vorzeitigen Atomausstiegs grundsätzlich positiv auf den Gasabsatz auswirken.

1.3 ORGANISATORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die NBB ist die größte örtliche Gasverteilnetzbetreiberin der Region Berlin-Brandenburg. Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit vermarktet die NBB Netzkapazitäten und gewährleistet den technischen Betrieb der Gasverteilung in der Region. Weitere Kernaufgaben stellen die Wartung und der Ausbau der dazu notwendigen technischen Infrastruktur, die Durchführung des technisch sicheren Betriebs sowie die Überwachung bzw. Steuerung von Dienstleistern dar. Darüber hinaus sind auch die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter (Gas, Strom, Wasser und Abwasser), die technische und kaufmännische Beratung sowie Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Erbringung sonstiger technischer Dienstleistungen Gegenstand der NBB.

Die NBB verfügt über ein Kapital von 1.000 Tausend Euro, an dem zum 31. Dezember 2011 die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft (nachfolgend GASAG genannt), Berlin, zu 83,5 %, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH (nachfolgend EMB genannt), Potsdam, zu 15 % und die Havelländische Stadtwerke GmbH (nachfolgend HSW genannt), Werder, zu 1,5 % als Kommanditistinnen beteiligt sind. Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich ist. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt. Durch die Gesellschafter GASAG, EMB sowie HSW wurden die Nutzungsrechte an der jeweiligen Netzinfrastruktur durch Abschluss von Pachtverträgen auf die NBB übertragen. Mit Abschluss der Pachtverträge erwarb die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des EnWG.

Grundlage des täglichen Handelns und Entscheidens bildet das zum 1. Januar 2006 in Kraft gesetzte Qualitätsmanagementsystem mit integriertem Technischen Sicherheitsmanagements nach DVGW-Arbeitsblatt G1000. Dieses wurde im Oktober 2006 nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert. In den Geltungsbereich der Re-Zertifizierung im Jahre 2009 wurden neben der Betriebsführung für Gas-, Wasser-, Strom-, Abwasser- und Fernwärmenetze und -anlagen auch die Vermarktung der Netznutzung und kerngeschäftsnahe Dienstleistungen einschließlich der kaufmännischen und administrativen Prozesse eingeschlossen. Des Weiteren erfolgte im Geschäftsjahr 2009 eine Erweiterung des Technischen Sicherheitsmanagements für die Sparte Wasser nach DVGW Arbeitsblatt W1000. Das im September 2011 durchgeführte zweite Überwachungsaudit nach Re-Zertifizierung bestätigte erneut die wirksame Anwendung und Weiterentwicklung eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001:2008 in der NBB.

Für alle drei Teilnetze wurden die neuen, ab 1. Januar 2011 geltenden Netzentgelte jeweils mit Berücksichtigung der Kostenwälzung auf der Internetseite der NBB veröffentlicht. Die Preisblätter wurden der BNetzA angezeigt und dokumentiert. Dabei haben die Preise eine Anpassung insbesondere aufgrund der geänderten Preise der vorgelagerten Netzbetreiber, der Auswirkungen der Anreizregulierung, des Erweiterungsfaktors, der periodenübergreifenden Saldierung der Jahre 2006 bis 2008 sowie der Mehrerlösabschöpfung erfahren.

1.4 GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Das Kerngeschäft der NBB ist von einem Umsatzrückgang im Bereich der Netzentgelte geprägt. Die Gesamttransportmengen sind im Vergleich zum Vorjahr witterungsbedingt um 5,4 Milliarden kWh bzw. 13,2 % gesunken. Dabei wird sowohl bei den Transportmengen der Lastgang gemessenen Kunden (– 9,9 %) als auch bei den Mengen der Lastprofilkunden (– 17,1 %) ein Rückgang verzeichnet. Im Vergleich zu den Mengen fällt der Rückgang der Umsatzerlöse aus Netzentgelten ohne die periodenfremden Sachverhalte dagegen mit 3,2 % geringer aus. Dies ist im Wesentlichen auf die im Vorjahr gebildeten Regulierungskontorückstellungen zurückzuführen. Außerdem tragen zu diesem Effekt die im Geschäftsjahr durchgeführten Preisanpassungen und der erfolgte Abbau der Verbindlichkeiten aus Mehrerlösabschöpfung bei.

Im Geschäftsjahr 2011 setzt die NBB das Programm der zustandsorientierten Erneuerung weiterhin fort. Auf Basis der Analyse der Leckstellenentwicklungen und der Messergebnisse aus dem kathodischen Korrosionsschutz wird der Zustand der Netze mittel- und langfristig erhalten. Die Höhe der Investitionen bewegt sich auf Vorjahresniveau.

Im Rahmen der Konzessionsvertragsstrategie fokussiert die NBB den Großteil ihrer Bemühungen auf die Bestandssicherung der vorhandenen Konzessionen in Berlin und Brandenburg. In diesem Zusammenhang wurde das Kontaktmanagement zu politischen Entscheidungsträgern in den Kommunen intensiviert. Hinsichtlich des Konzessionierungsverfahrens Berlin wurde eine Projektstruktur mit Beteiligung der GASAG und der NBB festgelegt. Die offizielle Ausschreibung des Konzessionsvertrags für Gas der Stadt Berlin erfolgte im Dezember 2011, auf die sich die NBB aktiv bewerben wird. Wir verweisen hier auf unsere Ausführungen im Risikobericht.

An aktuell laufenden Konzessionsverfahren im Land Brandenburg nimmt die NBB gemeinsam mit der EMB teil. Die Interessenbekundungen und Angebote werden gemeinsam erstellt und wichtige Termine vor Ort bei den Kommunen werden gemeinsam wahrgenommen. Zur Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung bei den Kommunen und zur Präsentation des neuen erweiterten Angebotsportfolios hat die NBB im Berichtsjahr zwei Regionalkonferenzen in Brandenburg durchgeführt.

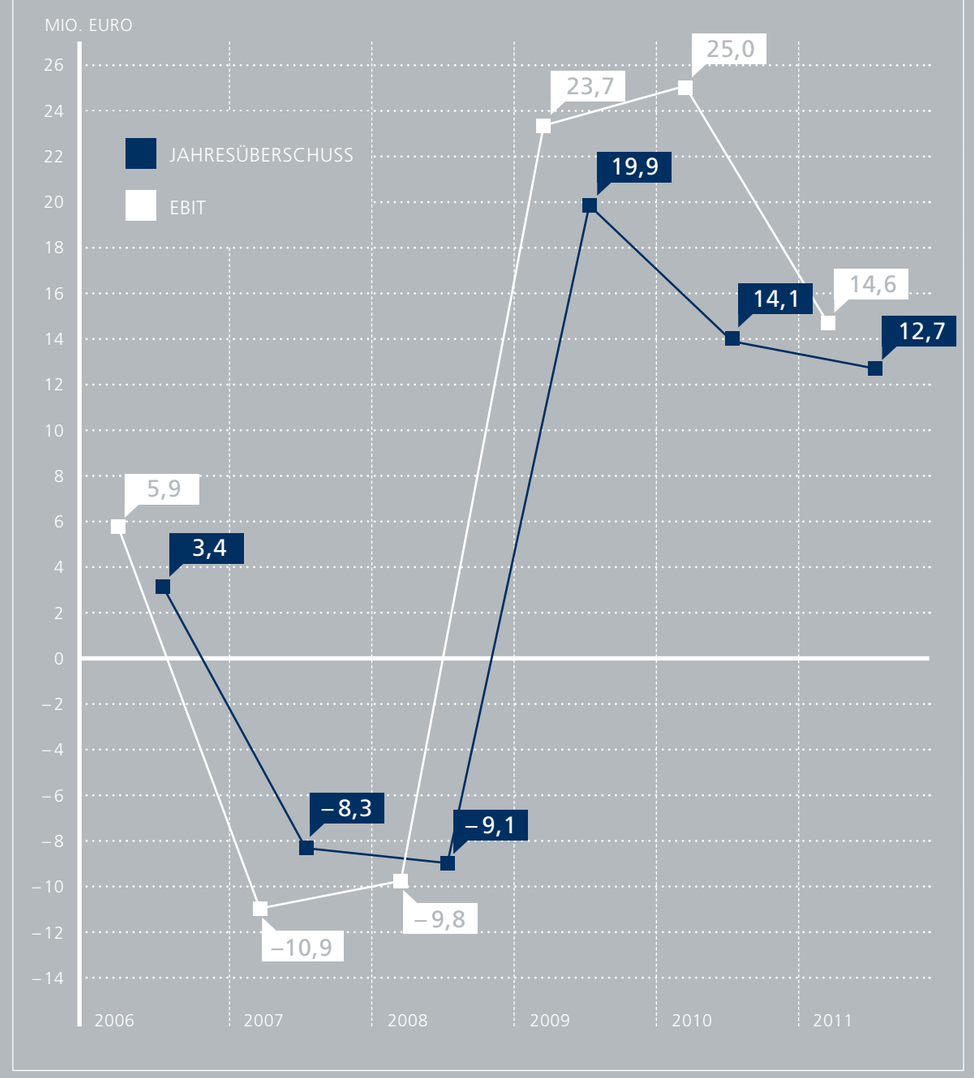
Im Geschäftsfeld Dienstleistungen ist die Energiepartnerschaft mit dem Campus Europäisches Energie Forum (EUREF) in Berlin-Schöneberg weiterentwickelt worden. Die NBB hat mit dem Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH (InnoZ) einen Beratungsvertrag zur wissenschaftlichen Begleitung der NBB bei der Entscheidungsfindung abgeschlossen, in dem untersucht werden soll, ob Smart Grids in operativer und kommunikativer Hinsicht ein Ergänzungselement zur bisherigen Angebotsstrategie sein können. In diesem Zusammenhang entstand ein Dienstleistungsvertrag zum Aufbau eines Micro Smart Grid (Strom). Hierbei besetzt die NBB die Rolle der zukünftigen zentralen Laststeuerung und der Vernetzung der Energieerzeugungs- sowie Energieverbrauchsanlagen. Die weiteren beteiligten Partner bringen Komponenten wie Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen, Ladesäulen für Elektrofahrzeuge sowie eine Großbatterie ein. Das Ziel des Projektes besteht in der Umsetzung und Erprobung innovativer Technologien in Bezug auf eine netztechnische Einbindung diverser regenerativer Energieerzeugungsanlagen, der intelligenten Steuerung von Batterien zur Speicherung von Strom sowie der exemplarischen Ausstattung einiger Messstellen mit Smart Metern.

Die NBB hat am 14. Januar 2011 die KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH (nachfolgend KKI GmbH genannt), Berlin, mit dem Geschäftszweck der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Störungs-, Notfall- und Krisenmanagement bei leitungsgebundenen Infrastrukturbetreibern der allgemeinen Daseinsvorsorge gegründet. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 Tausend Euro. Die Gesellschaft hat zum 1. April 2011 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Inhalt der Leistungserbringung ist derzeit das Training an der Feuerlöschübungsanlage. Zukünftig sind außerdem Beratungs- und Schulungsleistungen in den Bereichen Risikoanalyse, Ereignissimulation, Präventionsstrategien, Ereignisdatenspeicher sowie Unterstüt-

ZAHLEN UND FAKTEN

ENTWICKLUNG JAHRESERGEBNIS – MEHRJAHRESVERGLEICH

EBIT UND JAHRESÜBERSCHUSS ▸ 2006 – 2011



Alle Angaben per 31.12. des Geschäftsjahres

zungsleistungen im Ereignisfall durch die Melde- und Leitstelle und in der Ereigniskommunikation geplant.

Die NBB hat mit notarieller Beurkundung am 19. Oktober 2011 ihren Geschäftsanteil an der KKI GmbH im Nennbetrag von 25 Tausend Euro in 25.000 Geschäftsanteile im Nennbetrag von je 1 Euro geteilt. Zudem wurden im Anteilskaufvertrag vom 19. Oktober 2011 6.276 Geschäftsanteile im Nennbetrag von je 1 Euro mit allen Gewinnbezugsrechten für noch nicht ausgeschüttete Gewinne und allen sonstigen Nebenrechten an die con1energy AG, Essen, verkauft. Zudem ist vorgesehen, die aktuell bei der NBB bestehende Zentrale Melde- und Leitstelle in 2012 im Wege eines Betriebsübergangs an die KKI GmbH zu übertragen.

Der neue Partner wird sich intensiv in die Aktivitäten zur weiteren Produktentwicklung einbringen und insbesondere auch die Vermarktungsaktivitäten außerhalb der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg durch Nutzung seines Netzwerks und seiner Ressourcen unterstützen, um schnellstmöglich eine bundesweite Marktpräsenz zu erreichen.

Darüber hinaus hat die NBB ein Internetportal (Portal eStrasse), bestehend aus der Portaldatenbank und dahinter liegenden Auskunftsdatenbanken, entwickelt. Auf der webbasierten Austauschplattform werden Leitungsanfragen und Genehmigungen sowie Aufgrabe- und Anzeigenmeldungen nach dem Berliner Straßengesetz vermittelt und angeboten. Die Vermarktung des Produkts, die Erbringung von Dienstleistungen für Planungs-, Bau- und Instandhaltungsvorhaben aus den Bereichen der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie der Betrieb dieser Plattform werden durch die infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH (nachfolgend infrest GmbH genannt), Berlin, wahrgenommen. Die Nutzungsrechte für das Portal wurden an die infrest GmbH übertragen. Diese hat ihre Geschäftstätigkeit am 1. Januar 2011 aufgenommen. Das Stammkapital beträgt 25 Tausend Euro und wird vollständig von der NBB gehalten. Mit Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 7. Dezember 2011 hat die NBB jeweils 16,32 % ihrer Anteile an der infrest GmbH an die Vattenfall Europe Netzservice GmbH und an die Vattenfall Europe Wärme AG mit Wirkung nach Zustimmung des Bundeskartellamts vom 10. Januar 2012 verkauft und abgetreten. Perspektivisch strebt die NBB die Beteiligung weiterer strategischer Partner als Gesellschafter der infrest GmbH unter Sicherung einer Mehrheitsbeteiligung an.

Gemäß den gesetzlichen und behördlichen Vorgaben konnte die Umstellung des Abrechnungssystems vom Zweivertragsmodell auf das Zweisystemmodell im Geschäftsjahr 2011 abgeschlossen werden. Die Umsetzung der Anforderungen erfolgte im Rahmen eines konzernübergreifenden Projekts zur Trennung und Migration des heutigen Abrechnungssystems SAP IS-U jeweils in ein neues separates SAP IS-U System für die Netzbetriebe und die Vertriebe des GASAG-Konzerns. Der Aufbau der neuen Systeme wurde hierbei für das Netz und die Vertriebe in getrennten Projekten durchgeführt.

In den Geschäftsjahren 2010 und 2011 hat die NBB im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Messzugangsverordnung und der Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate bei der Abwicklung von Wechselprozessen des Messstellenbetreibers bzw. des Messdienstleisters eine Lösung erarbeitet und konnte diese bei ersten durchgeführten Wechselvorgängen in der Praxis erproben. Die neuen Anforderungen der EnWG Novelle werden im Smart Metering IT System (SMITS) bis Ende des 1. Quartals 2012 umgesetzt.

Im Berichtsjahr haben die EMB und die HSW Gasnetze der allgemeinen Versorgung verkauft. Der Übergang der Gasverteilnetze sowie die Anpassung der Pachtverträge zwischen der NBB und dem Asset Owner erfolgt mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012. Des Weiteren wurden im Rahmen des Überganges die entsprechenden anteiligen Erlösobergrenzen mit übertragen.

Bereits im vorigen Geschäftsjahr konnte das Projekt „Netzbetrieb – Fit für Wachstum“ mit dem Ziel, zukunftsfähige, mandantentaugliche und transparente, auf Basis von Kennzahlen steuerbare Prozesse in den Bereichen Betrieb und Instandhaltung und dem Entstörungsdienst unter Einhaltung der geltenden Regelwerke zu schaffen, erfolgreich abgeschlossen werden. Zur Unterstützung dieser Projektziele wurde im Berichtsjahr die Einführung einer Systemlösung, das Mobile Workforce Management (MWM), abgeschlossen.

Durch sich regelmäßig ändernde Regulierungsanforderungen bezüglich der IT-Systeme sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Entwicklungen im Bereich des Energiedatenmanagements (EDM) erfolgt, die zu einer stark fragmentierten IT-Landschaft geführt haben. Dadurch sind Administrationsaufwendungen und Betriebskosten vergleichsweise hoch. Des Weiteren sind die Flexibilität und damit auch die Anpassungsgeschwindigkeit der IT, mit der auf die neuen Anforderungen der Regulierung reagiert werden kann, deutlich eingeschränkt und stellen deshalb ein Risiko für die Einhaltung der vorgeschriebenen Umsetzungsfristen dar. Um dem entgegenzuwirken, wurde konzernweit ein strategischer IT-Bebauungsplan zum Energiedatenmanagement erarbeitet und mit der Umsetzung des Projekts EDM-Netz begonnen. Hierbei soll das bestehende EDM-System (GAS-X) abgelöst werden, um flexibler auf die Marktanforderungen im Strom und Gas reagieren zu können. Eine Ablösung ist für Mitte 2012 geplant.

Die BNetzA hat in ihrem Beschluss vom 10. Juni 2009 den Rahmen für die Bilanzkreisabrechnung Strom gesetzt. Durch die Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom (MaBiS) wird für alle relevanten Marktteilnehmer festgeschrieben, wer welche Daten an wen, in welchem Format und in welcher Frist zu übermitteln hat. Im Rahmen der Anpassung des Marktmodells an die MaBiS wurden bei der NBB im Geschäftsjahr 2011 im Zusammenhang mit dem EDM-Projekt alle notwendigen Anpassungen für die Sparte Strom vorgenommen, um im Rahmen der bestehenden Dienstleistungsverträge fristgerecht die Anforderungen der MaBiS-Bilanzierung umzusetzen.

NBB ist als Betriebsführerin in den Sparten Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung auf der Grundlage bestehender Dienstleistungsverträge durch die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG (nachfolgend NFL genannt), Forst (Lausitz), und die Stadtwerke Forst GmbH (nachfolgend SW Forst genannt), Forst (Lausitz), mit der Durchführung des operativen Netzbetriebsgeschäfts beauftragt. Die Strategie der NBB zur Organisation und Steuerung von Regionalzentren sieht eine Aufgabenteilung zwischen NBB-Zentrale und Regionalzentrum sowie den Einsatz von Dienstleistungsunternehmen für die Durchführung der operativen Betriebs- und Instandhaltungstätigkeiten vor. Für die Umsetzung der Strategie wird im Geschäftsjahr 2012 mit der SAG GmbH eine Vereinbarung geschlossen werden, nach der alle im Netzgebiet der Stadt Forst (Lausitz) stehenden Anlagen sowie deren Netze nebst Zubehör der Sparten Strom-, Gas-, Trinkwasser- und Fernwärmenetze im Wege einer Unterbeauftragung in die Betriebsserviceverantwortung der SAG GmbH gegeben werden. Im Rahmen der Übertragung des Betriebsservice auf die SAG GmbH wird im Geschäftsjahr 2012 ein Übergang von Personal der NBB im Regionalzentrum Forst zur SAG GmbH erfolgen. Am 13. Dezember 2011 wurde in diesem Zusammenhang bereits eine Personalüberführungsvereinbarung mit der SAG GmbH unterschrieben.

Zur Unterstützung des Wettbewerbs am Erdgasmarkt in Berlin und Brandenburg hat die NBB in 2010 das NETZWERK ERDGAS Berlin-Brandenburg mit der Informations- und Beratungsplattform netzwerk-erdgas.de erfolgreich aufgebaut. Die Hauptaufgabe bestand darin, den Bekanntheitsgrad des NETZWERK ERDGAS sukzessive zu erweitern und weitere Akteure für die Plattform zu gewinnen. Das NETZWERK ERDGAS soll eine wichtige Basis für die Kontaktaufnahme zwischen Anbietern und Verbrauchern darstellen. Die durch die Wohnungswirtschaft angebotene und stark nachgefragte Energieberatung wurde auch im Geschäftsjahr 2011 fortgesetzt. Neben der Teilnahme an diversen Fachtagungen fanden auch Fachveranstaltungen im Arbeitskreis „Zukunft Gas“ der Anwaltskanzlei Becker Büttner Held sowie auf Mitgliederversammlungen von Haus- und Grundbesitzervereinen statt. Das Projekt konnte zu einer deutlichen Steigerung der Hausanschlusszahlen im Netzgebiet Berlin-Brandenburg beitragen.

Im Berichtsjahr wurde die Hauptverwaltung der NBB an den neuen Standort im Hackeschen Quartier „An der Spandauer Brücke 10 in 10178 Berlin“ verlegt. Der neue Standort wurde von dem U.S. Green Building Council mit dem Level Gold für umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen nach LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) ausgezeichnet.

Durch die gestiegenen Anforderungen an Netzbetreiber, insbesondere im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien (z. B. Biogasanlagen), war ein leichtes Stellenwachstum zu verzeichnen. Die NBB hat zum 31. Dezember 2011 nunmehr nahezu alle geplanten Stellen besetzt und hält somit ein Stammpersonal von 405 Mitarbeitern (31. Dezember 2010: 380 Mitarbeiter).

1.5 TÄTIGKEITSABSCHLUSS VERTEILUNG

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG müssen Unternehmen, die mit einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen.

Für die NBB leitet sich daraus die Verpflichtung ab, einen Tätigkeitsabschluss für die Gasverteilung zu erstellen.

Tätigkeitsabschluss Gasverteilung
Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Erlöse aus Netznutzungsentgelten, die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen sowie die Abwicklung der Investitionen in das Gasnetz. In den Bestandsveränderungen sind im Wesentlichen die Veränderung an unfertigen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten neben den Auflösungen von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen auch Auflösungen aus Rückstellungen.

Im Materialaufwand sind als wesentliche Bestandteile neben den erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb, die Pacht, die vorgelagerten Netzkosten auch die Aufwendungen für die Investitionsmaßnahmen enthalten.

Der Jahresüberschuss in der Verteilung liegt leicht unterhalb des Vorjahres. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem witterungsbedingten Rückgang der Netznutzungsentgelte. Dieser Rückgang wird teilweise durch Sondereffekte aus der Auflösung von Rückstellungen sowie geringerem Steueraufwand kompensiert.

Für das Berliner Teilnetz liegt der Jahresüberschuss in 2011 deutlich unterhalb dem Ergebnis des Vorjahres. Ursächlich für den Rückgang des Ergebnisses ist vor allem ein witterungsbedingter Rückgang der Transportmengen und damit verbundener Rückgang der Erlöse aus der Netznutzungsabrechnung. Gegenläufig sind zusätzliche Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie die deutliche gesunkenen Steueraufwendungen.

Im Brandenburger Netzgebiet liegt der Jahresüberschuss in 2011 über dem des Vorjahres. Auch hier ist witterungsbedingt ein Rückgang der Netznutzungsentgelte zu verzeichnen, welcher jedoch aufgrund der Einmaleffekte aus Rückstellungsauflösung und gesunkenem Steueraufwand überkompensiert wird

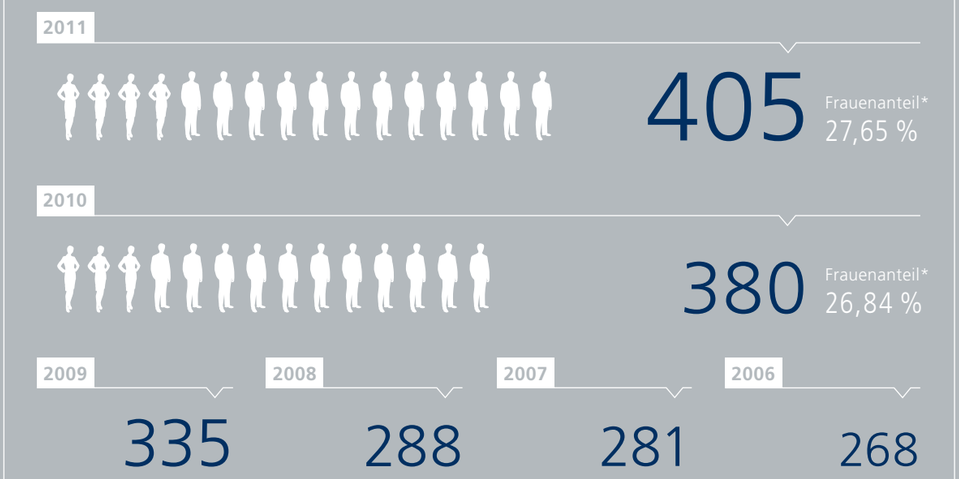
Übrige Aktivitäten
Die NBB erbringt neben den Leistungen in der Gasverteilung auch Dienstleistungen für andere Unternehmen. Ein Großteil der Leistungen wird für Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft erbracht. Neben der Sparte Gas werden hier auch Leistungen für die Sparten Strom, Trinkwasser, Abwasser und Fernwärme durchgeführt. Dazu gehören unter anderem der Betrieb der bestehenden Netze und Anlagen von Dritten sowie die Durchführung von Baumaßnahmen in den Netzen und Anlagen der Dritten. Darüber hinaus bietet die NBB weitere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Energie- und Versorgungsnetzen an. Dazu gehören die Netzsteuerung, das Störungsmanagement und der Netzvertrieb für die Netze von Dritten sowie die Beratung von regulierten Energieversorgungsunternehmen zu verschiedenen Aufgaben.

ZAHLEN UND FAKTEN

MITARBEITER

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften, ihre Motivation eine andere. Die NBB bemüht sich mit zahlreichen Angeboten an die Beschäftigten um beides. Die wachsende Zahl unserer Beschäftigten und die geringe Personalfluktuation zeigen, dass diese Strategie funktioniert.

ENTWICKLUNG DER BESCHÄFTIGTENZAHLEN ▸ 2006–2011



* Laut Statistischem Bundesamt Wiesbaden (Mikrozensus/Erwerbstätige in Deutschland, Stand: 13.01.2012) lag der Anteil der weiblichen Beschäftigten in Unternehmen der Energieversorgung 2010 bei 24,28 %. Alle Angaben per 31.12. des Geschäftsjahres

WIR FÖRDERN TALENTE

IN DER GRUPPE DER ENERGIEVERSORGER IST DIE NBB LAUT EINER AKTUELLEN STUDIE DER

ZWEITBESTE TALENTFÖRDERER.

Quelle: Studie „Talentförderung in Unternehmen“ der Transformation Management Aktiengesellschaft in Zusammenarbeit mit der Universität Innsbruck

IM JAHR 2011 WURDEN **26** NEUE ARBEITSPLÄTZE GESCHAFFEN.

2. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

2.1 ERTRAGSLAGE

Die Ertragslage der NBB stellt sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt dar (siehe Tabelle rechts, S. 47).

Im Geschäftsjahr 2011 weist die NBB einen Jahresüberschuss von 12.729 Tausend Euro (Vorjahr: 14.075 Tausend Euro) aus.

Das Betriebsergebnis beläuft sich im Berichtsjahr auf 11.965 Tausend Euro und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 11.129 Tausend Euro oder 48,2 % rückläufig.

Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Entwicklung der Umsatzerlöse aus Netznutzungsentgelten, die um 8.999 Tausend Euro bzw. 3,2 % unter Vorjahresniveau liegen. Witterungsbedingt sind die Gesamttransportmengen um 5,4 Milliarden kWh bzw. 13,2 % gesunken. Diese Entwicklung zeichnet sich bei den Lastgang gemessenen Kunden und bei den Standardlastprofilkunden in allen drei Netzgebieten ab.

Der im Vergleich zur Mengenentwicklung geringere Rückgang der Erlöse aus Netznutzungsentgelten resultiert im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Rückstellungen für das Regulierungskonto, das seit Einführung der Anreizregulierung zum 1. Januar 2009 geführt wird. Auf dem Regulierungskonto werden Mehr-/Mindererträge aufgrund veränderter Transportmengen erfasst. Bedingt durch kältere Temperaturen im Vergleich zur der prognostizierten Menge zugrunde gelegten Witterungskurve ergab sich im Vorjahr auf dem Regulierungskonto für das Geschäftsjahr 2010 eine Rückstellung in Höhe von 30,5 Millionen Euro. Somit hatten die tatsächlich erzielten Erlöse die nach § 4 ARegV zulässigen Erlöse um mehr als 5 % überschritten und müssen damit bereits im Geschäftsjahr 2012 netzentgeltmindernd angesetzt werden. Der daraus resultierende Rückstellungsbetrag wurde mit den Mindererlösen aus der periodenübergreifenden Saldierung des Geschäftsjahres 2008, die im Geschäftsjahr 2012 netzentgelterhöhend wirken, saldiert. Im Geschäftsjahr 2011 ergaben sich bei der Ermittlung der Regulierungskonten in allen drei Teilnetzen keine wesentlichen rückstellungsrelevanten Sachverhalte.

Weiterhin wurden wie im Vorjahr Entnahmen aus der gemäß Bescheid der BNetzA für die rückwirkende Mehrerlösabschöpfung gebildeten Rückstellung in Höhe von 11.526 Tausend Euro gebucht, die die Erlösobergrenze des Jahres 2011 um eben diesen Betrag gemindert hat.

Dem Rückgang der Umsatzerlöse für Arbeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen um 8.967 Tausend Euro stehen Bestandserhöhungen der Unfertigen Leistungen gegenüber, die bis zum Bilanzstichtag noch nicht abgerechnet werden konnten. Des Weiteren werden unter den Umsätzen Betriebsführungserlöse und Erlöse aus Dienstleistungen im Zusammenhang mit Vertragsdispatching, Außendienstleistungen, Sonderablesungen sowie Dokumentation und Leitungsauskunft ausgewiesen.

Der Mehr-/Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar, den Erlösen aus Mehr-/Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber in gleicher Höhe gegenüber. Die dazugehörigen Aufwendungen werden unter den bezogenen Leistungen ausgewiesen. Für das Jahr 2011 erfolgte keine Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen aus dem Mehr-/Mindermengenausgleich.

DIE ERTRAGSLAGE DER NBB

	2011	2010	VERÄNDERUNG	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse				
Netzentgelte	271.964	280.963	–8.999	–3,2
Arbeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen	33.233	42.200	–8.967	–21,2
Mehr-Minder-Mengenabrechnung	0	5.966	–5.966	–100,0
Sonstige Umsatzerlöse	7.228	5.816	1.412	24,3
	312.425	334.945	–22.520	–6,7
Bestandsveränderungen	11.843	4.809	7.034	146,3
Andere aktivierte Eigenleistungen	231	0	231	100,0
Gesamtleistung	**324.499**	**339.754**	**–15.254**	**–4,5**
Sonstige betriebliche Erträge	1.767	984	784	79,7
Materialaufwand				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.883	8.716	–1.833	–21,0
Aufwendungen für bezogene Leistungen	253.199	256.976	–3.777	–1,5
	260.082	265.692	–5.610	–2,1
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	18.548	17.659	889	5,0
Soziale Aufwendungen	4.372	4.175	197	4,7
	22.920	21.834	1.086	5,0
Abschreibungen	640	536	104	19,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	30.654	29.551	1.103	3,7
Sonstige Steuern	5	31	–26	–83,6
Betriebsergebnis	**11.965**	**23.094**	**–11.129**	**–48,2**
Finanzergebnis	–1.942	–1.662	–280	16,9
Neutrales Ergebnis	2.676	1.870	807	43,1
Ergebnis vor Ertragsteuern	**12.699**	**23.302**	**–10.603**	**–45,5**
Ertragsteuern	–30	9.227	–9.257	–100,3
Jahresüberschuss	**12.729**	**14.075**	**–1.346**	**–9,6**

Den erzielten Umsatzerlösen und den Bestandsveränderungen stehen größtenteils Aufwendungen für Pacht, bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, Dienstleistungen sowie Aufwendungen für vorgelagerte Netze gegenüber.

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2011 wird außerdem durch neutrale Effekte in Höhe von 2.676 Tausend Euro beeinflusst. Darin enthalten sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6.387 Tausend Euro (Vorjahr: 2.379 Tausend Euro), die aus einer Anpassung der Rückstellung des Regulierungskontos (Vorjahr: 2.506 Tausend Euro), der Auflösung von Baurückstellungen in Höhe von 1.159 Tausend Euro (davon betreffen 315 Tausend Euro Auflösungen von Rückstellungen für investive Baumaßnahmen, die im Vorjahr unter den Unfertigen Leistungen ausgewiesen wurden) sowie der im Berichtsjahr erfolgten Auflösung der Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen aus fehlerhaften Abrechnungen in Höhe von 1.015 Tausend Euro bestehen. Dem gegenüber stehen im Wesentlichen periodenfremde Erlösminderungen für Netzentgelte in Höhe von 2.080 Tausend Euro (Vorjahr: periodenfremde Erlöse in Höhe von 789 Tausend Euro) sowie Einzelwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 1.419 Tausend Euro (Vorjahr: 627 Tausend Euro), die im Wesentlichen aus der Insolvenz von Transportkunden resultieren. Zudem sind periodenfremde Erträge und Aufwendungen aus dem Mehr- und Mindermengenausgleich jeweils in Höhe von 4.349 Tausend Euro enthalten.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind im Berichtsjahr um 9.257 Tausend Euro gefallen. Der hohe Steueraufwand im Vorjahr beinhaltete das Risiko der Nichtanerkennung der Rückstellungen für das Regulierungskonto durch die Finanzverwaltung. Im Zusammenhang mit der steuerlichen Behandlung des Pachtminderungsanspruches im Rahmen der Mehrerlösabschöpfung ergab sich in 2010 ein einmaliger Mehraufwand. Des Weiteren enthalten die Steuern vom Einkommen und Ertrag Gewerbesteuererstattungen durch die Gesellschafter in Höhe von 9.904 Tausend Euro (Vorjahr: 6.303 Tausend Euro).

2.2 VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar (siehe Tabelle rechts, S. 49).

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 82,7 % auf 5.277 Tausend Euro erhöht. Dieser Anstieg resultiert aus der Aktivierung der Kostenbestandteile, die im Zusammenhang mit der Einführung einer Systemlösung, dem Mobile Workforce Management, im Geschäftsjahr 2011 entstanden sind. Des Weiteren werden bei den Immateriellen Vermögensgegenständen unter den im Bau befindlichen Anlagen die Kosten aus der Umsetzung der EDM-Harmonisierung und die Anzahlungen für den Aufbau der Micro Smart Grid Technik auf dem EUREF-Gelände ausgewiesen. Der Anstieg bei den Sachanlagen betrifft im Wesentlichen Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die im Rahmen des Umzugs in das neue Gebäude im Hackeschen Quartier angefallen sind.

Das Umlaufvermögen bewegt sich annähernd auf Vorjahresniveau.

Die Unfertigen Leistungen betragen zum Bilanzstichtag 24.144 Tausend Euro. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus stichtagsbezogenen Schwankungen beim Abrechnungsstand der Netzausbaumaßnahmen sowie zusätzlichen Bautätigkeiten im Zusammenhang mit Biogasanlagen.

Unter den langfristigen Forderungen wurden im Vorjahr die Pachtminderungsansprüche der NBB gegenüber der GASAG, der EMB und der HSW aus der Mehrerlösabschöpfung ausgewiesen, die inklusive Verzinsung analog zum Abbau der Verbindlichkeiten aus Mehrerlösabschöpfung bis Dezember 2012 von den Asset Ownern an die NBB gezahlt werden. Korrespondierend dazu haben sich auch die langfristigen Verbindlichkeiten gemindert.

Die Entwicklung der kurzfristigen Forderungen und übrigen Aktiva setzt sich zusammen aus einem Rückgang der Forderungen aus Netzentgelten als Folge der im Geschäftsjahr witterungsbedingt rückläufigen Umsatzerlöse sowie den im Geschäftsjahr 2011 durchgeführten Endabrechnungen von Transportentgelten der Jahre 2007 und 2008 gegenüber verbundenen Unternehmen. Dem gegenüber steht ein Anstieg der Forderungen aus dem Cash-Pooling gegen die GASAG von 33.521 Tausend Euro im Vorjahr auf 44.167 Tausend Euro im Berichtsjahr.

Aufgrund der im Vergleich zum prognostizierten Temperaturverlauf zu warmen Witterung und der daraus resultierenden Mindermengen ergeben sich im Rahmen des Regulierungskontos Forderungen in Höhe von ca. 10 Mio. Euro, welche aus regulatorischen Gründen nicht bilanziert werden. In der nächsten Regulierungsperiode dürfen diese Forderungen erlöserhöhend angesetzt werden. Durch Abschluss einer Cash-Pooling-Vereinbarung mit der GASAG vom 30. November/1. Dezember 2005 ist die NBB dem GASAG-Konzern-Cash-Pool angeschlossen. Im Rahmen dieser Vereinbarung steht der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 10.000 Tausend Euro zur Verfügung.

Die NBB führt eine effiziente rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung durch. Der allgemeine Finanzierungsbedarf der NBB wird aus dem operativen Cashflow sowie der Inanspruchnahme des Cash-Pool-Kontokorrentkredits gedeckt. Zusätzlich steht der Gesellschaft für langfristige Finanzierungen unverändert ein durch die Gesellschafter gewährter Kreditrahmen in Höhe von 14.000 Tausend Euro zur Verfügung. Weder der im

DIE VERMÖGENSLAGE DER GESELLSCHAFT

	2011	2010	VERÄNDERUNG	
	T€	T€	T€	%
Vermögen				
Anlagevermögen	5.277	2.889	2.388	82,7
Vorräte	24.144	12.301	11.843	96,3
Langfristige Forderungen	2	9.610	–9.608	–100,0
Kurzfristige Forderungen und übrige Aktiva	135.029	137.678	–2.649	–1,9
Flüssige Mittel	414	11	403	>100,0
	164.866	**162.489**	**2.377**	**1,5**
Kapital				
Eigenkapital	9.800	9.800	0	0,0
Sonderposten	466	0	466	–
Langfristige Verbindlichkeiten und übrige Passiva	66.683	75.251	–8.568	–11,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	87.917	77.438	10.479	13,5
	164.866	**162.489**	**2.377**	**1,5**

Rahmen der Cash-Pooling-Vereinbarung bestehende Kontokorrentkredit noch der durch die Gesellschafter gewährte Kreditrahmen für langfristige Finanzierungen durch die Gesellschafter sind zum Bilanzstichtag in Anspruch genommen worden.

Die Kapitalanteile der Gesellschaft sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Unter den Gewinnrücklagen werden weiterhin Gewinnanteile der GASAG in Höhe von 7.400 Tausend Euro und Gewinnanteile der EMB in Höhe von 1.400 Tausend Euro ausgewiesen.

Unter dem Sonderposten werden erhaltene Investitionszuschüsse von Dritten im Zusammenhang mit dem Aufbau des Micro Smart Grids ausgewiesen.

Die Rückstellungen der Gesellschaft bewegen sich annähernd auf Vorjahresniveau.

In den Pensionsrückstellungen werden die Rückstellung für das VBL-Sanierungsgeld in Höhe von 7.973 Tausend Euro (Vorjahr: 8.787 Tausend Euro) und die Rückstellung für Betriebsrenten in Höhe von 1.368 Tausend Euro (Vorjahr: 1.286 Tausend Euro) ausgewiesen. Der Rückgang der Rückstellung für das VBL-Sanierungsgeld resultiert aus einem Rückgang der zukünftig erwarteten Zahlungen sowie aus Entnahmen. Im Vorjahr wurde außerdem eine Rückstellung in Höhe von 382 Tausend Euro für die betriebliche Altersversorgung der von den Stadtwerken Forst übernommenen Mitarbeiter ausgewiesen. Diese Mitarbeiter waren weiterhin bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Brandenburg (ZVK) versichert, alle zukünftigen Beschäftigungsverhältnisse sollten in die VBL eingeschlossen werden. Für diese Vereinbarung mit der ZVK gemäß dem sogenannten Zäsurmodell wurde nach der Satzung der ZVK beim übernehmenden Arbeitgeber (NBB) ein Abgeltungsbetrag fällig, der im Berichtsjahr an die ZVK gezahlt wurde.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 5.303 Tausend Euro wurden mit den Wertpapieren für die Insolvenzsicherung saldiert und der verbleibende Saldo als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden in Höhe von 825 Tausend Euro Rückstellungen für unterlassene Instandsetzungen von Hausanschlüssen und noch ausstehende Zählererneuerungen gebildet.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft betragen zum Geschäftsjahresende 37.461 Tausend Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr um 4.019 Tausend Euro gesunken. Die Veränderung setzt sich zusammen aus einem Rückgang des unter den Verbindlichkeiten ausgewiesenen Rückführungsbetrags aus der Mehrerlösabschöpfung. Dem gegenüber wird der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in voller Höhe unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen, was im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung der Verbindlichkeiten in Höhe von 7.468 Tausend Euro führt.

Die Kapitalflussrechnung der NBB stellt sich wie folgt dar (siehe Tabelle rechts, S. 51).

Trotz des rückläufigen Jahresüberschusses und des starken Aufbaus der unfertigen Leistungen liegt der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit mit 5.024 Tausend Euro über dem Vorjahreswert bei 20.027 Tausend Euro. Ursächlich ist im Wesentlichen die im Berichtsjahr verzeichnete starke Abnahme der Forderungsbestände.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrifft die im Berichtsjahr vorgenommene Ausschüttung an die Gesellschafter.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

2.3 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Die NBB schloss unter Berücksichtigung der Bestandsveränderungen bei einer Gesamtleistung von 324.499 Tausend Euro (Vorjahr: 339.754 Tausend Euro) das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 12.729 Tausend Euro (Vorjahr: 14.075 Tausend Euro) ab. Die Gesamtumsatzerlöse wurden vorwiegend durch die Umsatzerlöse aus der Vereinnahmung von Netzentgelten erzielt. Den Gesamtumsatzerlösen stehen

DIE KAPITALFLUSSRECHNUNG DER NBB

		2011 in T€	2010 in T€
	Jahresergebnis vor Ertragsteuern	12.699	23.302
+/–	Erhaltene/gezahlte Ertragsteuern	–5.641	–15.827
+/–	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Langfristige Vermögenswerte	640	536
+/–	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1.158	1.022
+/–	sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	–1
–/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	38	0
–/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte	–11.843	–4.808
–/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.072	–5.126
–/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	35.070	–20.213
–/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.967	–39
–/+	Zunahme/Abnahme anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	–8.119	3.601
–/+	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	–442	2.109
+/–	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	56	71
+/–	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–17	–21
+/–	Zunahme/Abnahme anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	–6.611	30.397
=	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**20.027**	**15.003**
–	Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	–2.143	–125
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1	0
–	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	–1.212	–2.114
–	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	–25	–25
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	6	0
–	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	–1.250	0
–	Auszahlungen für Investitionen in das Treuhandvermögen	0	–194
+	Einzahlungen aus Investitionszuschüssen Fremder	466	0
=	**Cashflow aus Investitionstätigkeit**	**–4.157**	**–2.458**
–	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	–5.233	–2.459
=	**Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**–5.233**	**–2.459**
=	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	10.637	10.086
+	Finanzmittelfonds am Anfang des Jahres	33.532	23.446
=	Finanzmittelfonds am Ende des Jahres	44.169	33.532

insbesondere Materialaufwendungen in Höhe von 260.082 Tausend Euro (Vorjahr: 265.692 Tausend Euro), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 30.654 Tausend Euro (Vorjahr: 29.551 Tausend Euro) sowie Personalaufwendungen in Höhe von 22.920 Tausend Euro (Vorjahr: 21.834 Tausend Euro) gegenüber. Die im Vergleich zum prognostizierten Temperaturverlauf deutlich wärmere Witterung und die damit gegenüber der Entgeltgenehmigung geringeren Transportmengen hatten auf die Ergebnisentwicklung der NBB im Geschäftsjahr 2011 einen wesentlichen Einfluss.

Die Gewinnanteile der Gesellschafter für 2011 werden in den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

Die witterungsbedingten Mindererträge des Jahres 2007 (16,7 Millionen Euro) wurden im Rahmen der Genehmigung der Erlösobergrenze durch die BNetzA bestätigt und wurden aufgrund der geltenden Regulierungssystematik seit dem Geschäftsjahr 2009 und in den darauf folgenden zwei Geschäftsjahren entgelterhöhend berücksichtigt. Die durch die Witterung verursachten Mindererträge des Jahres 2008 (17 Millionen Euro) werden ab dem Jahr 2010 und in den darauf folgenden zwei Jahren in der Berechnung der Erlösobergrenze berücksichtigt. Die sich im Vorjahr aufgrund der Mehrerlöse ergebende Rückstellung für das Regulierungskonto wurde mit den bestätigten Mindererlösen aus dem Geschäftsjahr 2008 saldiert. Die Ermittlung des Regulierungskontos für das Geschäftsjahr 2011 ergab keine im Abschluss zu berücksichtigenden rückstellungsrelevanten Sachverhalte, sondern einen nicht bilanzierten Forderungsbestand in Höhe von 10,2 Millionen Euro.

Ab dem 1. Januar 2009 wurde das bisherige System der Kostenregulierung durch das Anreizregulierungsmodell ersetzt. Den Netzbetreibern wurden durch die BNetzA die entsprechenden Bescheide zugestellt und damit die Obergrenzen für die erzielbaren Erlöse vorgegeben. Es erfolgt eine Orientierung am effizientesten Netzbetreiber. Im Rahmen eines neunjährigen Zeithorizonts müssen die vorgegebenen Effizienzziele erreicht werden. Für alle Netzbetreiber wurde für die Anreizregulierungsphase eine aktuelle Effizienzquote festgestellt, die den Handlungsbedarf bis zum Ende dieser Regulierungsphase aufzeigt. Für das GASAG-Netz ist eine Effizienzquote von rund 97 % und für das EMB- und HSW-Netz eine Quote von jeweils 100 % festgestellt worden. Der damit verbundene geringe Handlungsbedarf bei der NBB führt zu geringen Risiken aus der ersten Phase der Anreizregulierung.

Durch eine effiziente, kundenorientierte und flexible Unternehmensstruktur ist die NBB auf die veränderten Bedingungen des Marktes und den sich verschärfenden Wettbewerb gut vorbereitet und wird so auch in Zukunft ihre Marktposition stärken können.

Die NBB als große Verteilnetzbetreiberin hat auch im Geschäftsjahr 2011 den Ausbau ihres spartenübergreifenden Dienstleistungsgeschäfts konsequent fortgeführt. Die Dienstleistungen der NBB wurden durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich am Markt positioniert.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die (Früh-)Erkennung sowie die angemessene Bewertung und Begrenzung von Risiken sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges. Zu diesem Zweck unterhält die NBB ein Risikomanagementsystem, welches auch konzernspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt. Dazu steht das zentral organisierte Konzernrisikomanagement unterstützend zur Seite.

Wesentliche Bestandteile des Risikomanagementsystems sind das Planungssystem, das technische und kaufmännische Berichtswesen sowie eine regelmäßige und umfassende Risikoberichterstattung. Die angemessene Darstellung der Risikosituation der NBB erfolgt in Zusammenarbeit des Risikomanagers mit den Risikoverantwortlichen der Fachbereiche. Sie beinhaltet die regelmäßige Überprüfung bzw. Aktualisierung der Bewertung bereits erfasster Risiken sowie die Identifikation und Bewertung potenzieller Risiken. Besondere Bedeutung bei der Überprüfung haben die zur Risikominimierung entwickelten Maßnahmen und deren Umsetzungsgrad. Ein effizienter sowie gezielter Informationsfluss und klar geregelte Entscheidungskompetenzen stellen sicher, dass die Geschäftsführung regelmäßig alle notwendigen Informationen erhält, um bei sich abzeichnendem Handlungsbedarf zeitnah entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.

Die Arbeits- und Prozessabläufe innerhalb des Risikomanagements sind eindeutig definiert und in Form einer Organisationsrichtlinie veröffentlicht. Die festgelegten Abläufe des Risikomanagements werden in Zusammenarbeit mit dem Qualitätsmanagement der NBB regelmäßig hinsichtlich vorhandener Optimierungspotenziale überprüft.

Die NBB verfolgt eine konservative Risikopolitik, die sich am Marktumfeld und an den langfristigen Unternehmens- und Konzernzielen orientiert.

Im Folgenden sind Risikofelder beschrieben, welche die Geschäftsentwicklung der NBB maßgeblich beeinflussen können:

UMFELDRISIKEN UND MARKTRISIKEN

Als unternehmerisches Kernrisiko gelten die Transportmengenrisiken, die sich witterungsbedingt bzw. aufgrund von verändertem Endkundenverhalten Ergebnis beeinträchtigend auswirken können. Durch eine kontinuierliche Verbesserung der Datenqualität im gaswirtschaftlichen Berichtswesen und eine daraus folgend verbesserte Prognosebasis konnten temperaturbedingte Entwicklungen in 2011 frühzeitig erkannt werden.

Der deutsche Gesetzgeber hatte im Zuge der Anpassung des deutschen Energiewirtschaftsrechts an die europäischen Vorgaben im August 2011 an wesentlichen Inhalten der alten konzessionsvertraglichen Rechtslage aus der Zeit der Gebietsmonopole festgehalten. Demzufolge gilt für Konzessionsverträge weiterhin eine Laufzeitbeschränkung von maximal 20 Jahren; zwei Jahre vor Vertragsablauf muss die Konzessionsvertragsgemeinde in einem ausschreibungsähnlichen Verfahren die Wegenutzungsrechte dem Wettbewerb anbieten und sodann die Konzession diskriminierungsfrei an einen Bewerber vergeben.

Aktuell laufen in den Netzgebieten der NBB eine Vielzahl von Verfahren zur Neuvergabe von Konzessionen. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wurde im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Aktuell bedeutet dies u. a. die Entwicklung und Umsetzung von Vertriebsstrategien zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung reduziert, sondern kann auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert werden.

Der für die NBB wesentliche Konzessionsvertrag der GASAG zur Errichtung von Gasleitungen sowie zu deren Betrieb im Berliner Grundversorgungsgebiet endet mit Ablauf des 31. Dezember 2013; das bevorstehende Vertragsende und die anstehende Neuvergabe der Konzession wurden am 20. Dezember 2011 im elektronischen Bundesanzeiger und am 24. Dezember 2011 im EU-Amtsblatt vom Land Berlin bekannt gemacht. Die Gas- und Stromkonzessionierungsverfahren sind inhaltlich gleichgeschaltet als getrennte Verfahren veröffentlicht. Die Bekanntmachung ermöglicht eine Interessensbekundung sowohl zum reinen Wegenutzungsvertrag, der auch eine Vertragslaufzeit von unter 20 Jahren haben kann, als auch zu Kooperationsmodellen, bei denen eine gesellschaftsrechtliche Einflussnahme auf das Netz bis hin zu dessen vollständigem Erwerb durch das Land Berlin geprüft werden.

Die NBB wird sich aktiv an den Bewerbungsverfahren in Berlin und Brandenburg beteiligen. Unsere Erwartungen in Bezug auf die Sicherung der Konzession knüpfen wir an unseren jederzeit zuverlässigen, sicheren und effizienten Netzbetrieb, an unsere umfangreichen Aktivitäten im GASAG-Konzern im Bereich des Klima- und Umweltschutzes und an unsere Position als verlässlichen Kooperationspartner des Landes Berlin und der Kommunen in Brandenburg mit der entsprechenden Kompetenz zur Umsetzung energiepolitischer Projekte und der Klimaschutzziele. Dabei berücksichtigen wir die Anforderungen des Landes Berlin sowie der Brandenburger Kommunen und stellen uns der lebhaften und im politischen Raum auch kontrovers geführten Diskussion über verschiedene Beteiligungs-/Kooperationsmodelle an Energieinfrastrukturen.

Es besteht das Risiko, dass bei Erteilung der Berliner Konzession an einen dritten Bewerber die NBB weder ganz noch teilweise ihre vorhandenen Ressourcen für den Betrieb des derzeit gepachteten Berliner Netzes einbringen kann. Verliert der GASAG-Konzern die Konzession, wäre nur über eine Beauftragung durch den neuen Konzessionär der NBB die Möglichkeit gegeben, ihre Ressourcen im Netzbetrieb Berlin auch weiterhin ganz oder teilweise einbringen zu können. Daraus resultiert für die NBB ein Effizienzrisiko, wenn heute vorhandene Ressourcen, insbesondere Personal, beim größten von der NBB bewirtschafteten Netz ab 2014 nicht mehr zum Einsatz kommen können. Die Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios kann aufgrund der offenen Ausgangslage für das Interessenbekundungsverfahren nicht näher bestimmt werden. Die NBB erarbeitet für diesen Fall geeignete Maßnahmen zur Anpassung der Ressourcen, so dass die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nur temporär beeinträchtigt wäre. Der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins stellt im Vergleich ein geringeres Risiko dar.

Mit Blick auf die zweite Regulierungsperiode und die bevorstehende Netzkostenprüfung ist als Risiko die Kürzung der beantragten Netzkosten sowie eine damit verbundene Absenkung der Erlösobergrenze ab 2013 in das Risikomanagementsystem eingestellt worden.

BETRIEBSRISIKEN

Die Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit der netztechnischen Anlagen werden durch kontinuierliche Sanierung und Ausbau des Netzes, eine dem zertifizierten Qualitätsmanagementsystem der NBB entsprechende Qualitätssicherung sowie durch ein Schulungs- und Weiterbildungssystem für die Mitarbeiter gewährleistet. Unvermeidliche Restrisiken aus dem Betrieb der Netzinfrastrukturen werden im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotenzial der NBB entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet wird.

RISIKOMANAGEMENTZIELE UND -METHODEN IN BEZUG AUF FINANZINSTRUMENTE

Die wichtigsten Finanzinstrumente der NBB sind flüssige Mittel sowie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insbesondere gegen verbundene Unternehmen sowie Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis. Kredite werden derzeit nicht in Anspruch genommen. Der Hauptzweck dieser Finanzinstrumente ist die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Die NBB legt überschüssige Finanzmittel im Rahmen des Cash-Pooling an. Das Cash Management (Cash-Pooling-Vereinbarung) wird im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen von der GASAG durchgeführt.

Im Rahmen gesetzlicher Anforderungen an die Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben wurden Finanzmittel zur treuhänderischen Verwaltung an den GASAG Treuhand e. V. übertragen. Auf Basis der Satzung des GASAG Treuhand e. V. und eines bilateralen Treuhandvertrages mit der NBB wird das Treugut nach konservativen Anlagekriterien von einem beauftragten Dritten angelegt. Dabei ist jederzeit sichergestellt, dass die aufgelaufenen Erfüllungsrückstände vollständig durch mündelsichere Anlagen gedeckt sind.

Die Gesellschaft betreibt keinen Handel mit Finanzinstrumenten. Ein Einsatz von Finanzderivaten ist nicht erforderlich. Das sich ergebende wesentliche Risiko der Gesellschaft besteht in einem Ausfallrisiko.

AUSFALLRISIKO

Die Forderungen der Gesellschaft sind unbesichert. Das Ausfallrisiko wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Konzernrichtlinien des GASAG-Konzerns begrenzt. Des Weiteren ist für Händlerforderungen ein Bonitätsprüfungsprozess installiert. Aufgrund der Kooperationsvereinbarung IV und unter Beachtung des zugehörigen Leitfadens zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen wurden in der NBB die Prozesse „Zahlungsvereinbarung und Mahnung“, „Eintreibung von Sicherheitsleistungen“ und „Kündigung von Lieferantenrahmenverträgen“ überprüft und verbessert. Auf diese Weise stellt die NBB sicher, dass mögliche Forderungsausfälle im späteren Verlauf über das Regulierungskonto vereinnahmt werden können.

Weitere wesentliche Bestandteile sind ein konzernweit einheitlicher Überwachungsprozess sowie eine konzernweit einheitliche Risikoberichterstattung.

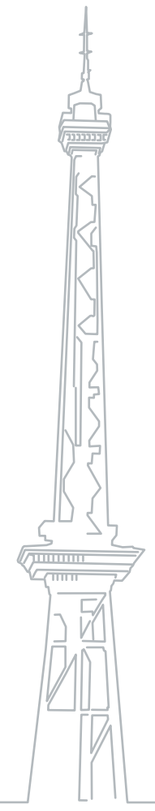
SONSTIGE RISIKEN

Der Realisierung von Betriebs- und Organisationsrisiken, insbesondere bedingt durch Verlustgefahren infolge Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen sowie infolge externer Ereignisse, rechtlicher Risiken und Informationsrisiken, wird im Rahmen des beschriebenen Risikomanagementprozesses begegnet.

GESAMTRISIKO

Zum Jahresende 2011 liegen auf Basis der Unternehmensplanung bewertete Risikoinventare für den mittelfristigen Planungshorizont mit Schadenspotenzialen und Eintrittswahrscheinlichkeiten sowie einer Einschätzung der Liquiditäts- und Imagewirkung vor.

Von den dargestellten Risiken kann insbesondere aus den Konzessionsvergabeverfahren potenziell eine temporäre Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der NBB ausgehen. Wir gehen davon aus, diese Risiken mit zielgerichteten Maßnahmen beherrschen zu können.



5. Prognosebericht

Die NBB geht von sinkenden Umsatzerlösen aus Netzentgelten aus. Diese resultieren aus der geplanten Entwicklung der Erlösobergrenze im letzten Jahr der ersten Anreizregulierungsperiode und in der ab 2013 beginnenden zweiten Regulierungsperiode (Basis Netzkosten 2010). Die Vereinnahmung der witterungsbedingten Minderentgelte aus den Jahren der Kostenregulierung bis 2008 führte im Geschäftsjahr 2011 zu Erlössteigerungen. In den Folgejahren werden sich aus diesem Sachverhalt keine Effekte auf die Umsatzerlöse mehr ergeben. Die Vereinnahmung der witterungsbedingten Minderentgelte der Jahre 2009 und 2011 verteilt sich über die gesamte zweite Regulierungsperiode (2013 bis 2017), so dass sich hieraus im Vergleich zu 2011 geringere Umsatzsteigerungen ergeben. Unter der Annahme eines normalen Witterungsverlaufs, den Folgen des Energieträgerwettbewerbs und bekannten sowie weiteren zur Disposition stehenden Konzessionsverlusten im Land Brandenburg in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 werden zudem sinkende Transportmengen erwartet.

Die Entwicklung der Netznutzungsentgelte sowie die der Planung zugrunde gelegten Kostenstrukturen beeinflussen wesentlich die Jahresergebnisse. Insbesondere wirken hierbei der Wegfall der regulatorisch bedingten zusätzlichen Entgelte aus Vorjahresmindermengen in den folgenden 2 Jahren negativ auf den Jahresüberschuss. Somit ergeben sich bei der NBB zukünftig bei normalen Witterungsverlauf wieder für einen Netzbetreiber normale Jahresüberschüsse von 2 bis 4 Mio. Euro.

Dem deutlich zunehmenden Kostendruck auf das Netzgeschäft wird folglich durch die Fokussierung auf Maßnahmen zur Effizienzsteigerung über die Sachkostenoptimierung hinaus begegnet. Hierzu zählen auch die geplanten Personalausgliederungen im Regionalzentrum Forst sowie im Bereich Bereitschaftsdienst/Meldestelle. Darüber hinaus wird durch die Erweiterung des Netzgeschäftes mit Integration weiterer Netze eine positive Kostenentwicklung durch Nutzung von Synergieeffekten erwartet.

Einen weiteren Schwerpunkt zur Werterhaltung des Netzgeschäfts bildet die Bewerbung für die Konzession Berlin im Geschäftsjahr 2012.

Der weitere Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts, gegebenenfalls auch in den Tochtergesellschaften der NBB, und die damit einhergehende Neukundenakquisition stehen für die folgenden Geschäftsjahre im Fokus der NBB. Des Weiteren wird im Bereich Netze spartenübergreifend von einem Wachstum ausgegangen. Dabei wird die Zielsetzung der kundenfreundlichen, transparenten sowie wettbewerbsfähigen Gestaltung der Geschäftsprozesse konsequent weiterverfolgt.

Berlin, 24. Februar 2012

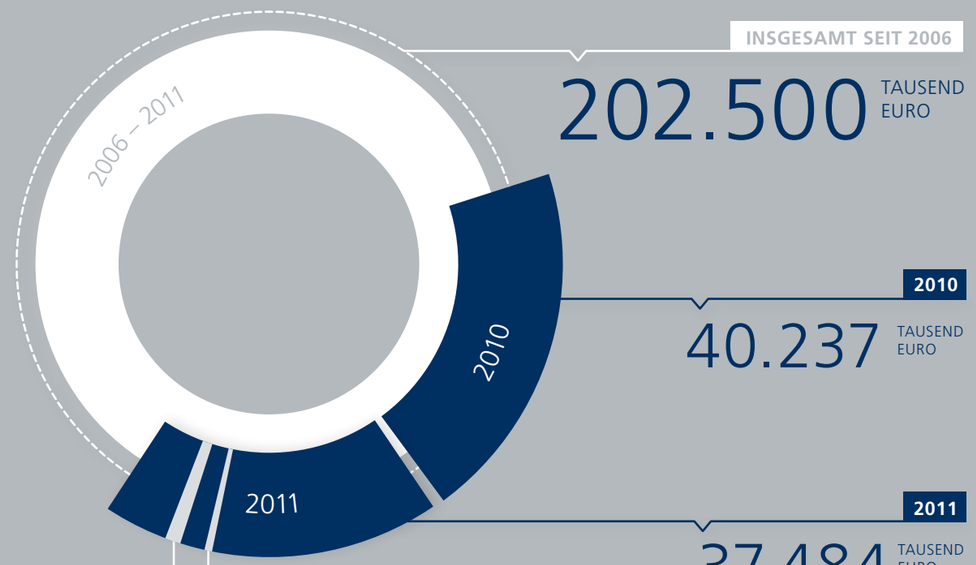
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ulf Altmann Frank Behrend

ZAHLEN UND FAKTEN

INVESTITIONEN IN DAS GASNETZ DER HAUPTSTADTREGION

Die Instandhaltung und die Modernisierung der von uns betriebenen Leitungsnetze zählen zu unseren Kernaufgaben. Für die Sicherheit der Gasversorgung in Berlin und Brandenburg investieren wir jedes Jahr erhebliche Summen. Seit 2006 haben wir mehr als 200 Millionen Euro für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau des Gasnetzes der Hauptstadtregion aufgewendet.



2011 HABEN WIR IN ZUSAMMENARBEIT MIT BAUUNTERNEHMEN AUS DER REGION MEHRERE MASSNAHMEN UMGESETZT, Z. B.:

914 TAUSEND EURO	Projekt „Zustandsbedingte Erneuerung der HDL 055.11 Bötzow/Landkreis Oberhavel" – 2,8 km
1.675 TAUSEND EURO	Modernisierung der Gasversorgungsnetze in der Scharnweberstraße in Berlin-Reinickendorf

Alle Angaben per 31.12. des Geschäftsjahres

Jahresabschluss 2011

BILANZ 60

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 61

ANLAGENSPIEGEL 62

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011 64

TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE 77

BESTÄTIGUNGSVERMERK 88

Bilanz

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, zum 31. 12. 2011

AKTIVA	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.263	492
II. Sachanlagen	2.970	2.372
III. Finanzanlagen	44	25
	5.277	**2.889**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	24.144	12.301
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	133.866	146.687
III. Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	414	11
	158.424	**158.999**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	303	0
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	862	601
	164.866	**162.489**

PASSIVA	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
A. Eigenkapital		
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	1.000	1.000
II. Gewinnrücklagen	8.800	8.800
	9.800	**9.800**
B. Sonderposten	466	0
C. Rückstellungen	85.993	84.687
D. Verbindlichkeiten	37.461	41.480
E. Rechnungsabgrenzungsposten	31.146	26.522
	164.866	**162.489**

Gewinn- und Verlustrechnung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für den Zeitraum vom 01. 01. – 31. 12. 2011

	01. 01. – 31. 12. 2011	01. 01. – 31. 12. 2010
	T€	T€
1. Umsatzerlöse	314.573	335.681
2. Bestandsveränderung	11.843	4.809
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	231	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	9.075	4.185
5. Materialaufwand	264.431	265.692
6. Personalaufwand	23.030	21.668
7. Abschreibungen	640	536
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	32.975	31.784
9. Finanzergebnis	– 1.942	– 1.662
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**12.704**	**23.333**
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	– 30	9.227
12. Sonstige Steuern	5	31
13. Jahresüberschuss	**12.729**	**14.075**
14. Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	– 8.800
15. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	– 12.729	– 5.275
	0	0

Anlagenspiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für die Zeit vom 01. 01. 2011 – 31. 12. 2011

POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS		ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					ABSCHREIBUNGEN					RESTBUCHWERTE	
		Anfangs-stand T€	Zugänge T€	Abgänge T€	Um-buchungen T€	Endstand T€	Anfangs-stand T€	Abschreibungen im Geschäftsjahr T€	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4 T€	Um-buchungen T€	Endstand T€	am 31. 12. 2011 T€	am Ende des vorangegan-genen Ge-schäftsjahres T€
Spalte	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**												
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	619	719	0	+ 350	1.688	477	87	0	0	564	1.124	142
2.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	350	1.139	0	./. 350	1.139	0	0	0	0	0	1.139	350
		969	**1.858**	**0**	**+ 350** **./. 350**	**2.827**	**477**	**87**	**0**	**0** **0**	**564**	**2.263**	**492**
II.	**Sachanlagen**												
1.	Mietereinbauten	1.178	40	0	./. 47	1.171	42	154	0	0	196	975	1.136
2.	Verteilungsanlagen	0	33	0	0	33	0	1	0	0	1	32	0
3.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.248	1.057	319	+ 86	3.072	1.120	398	280	0	1.238	1.834	1.128
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	108	60	0	./. 39	129	0	0	0	0	0	129	108
		3.534	**1.190**	**319**	**+ 86** **./. 86**	**4.405**	**1.162**	**553**	**280**	**0** **0**	**1.435**	**2.970**	**2.372**
III.	**Finanzanlagen**												
	Anteile an verbundenen Unternehmen	25	25	6	0	44	0	0	0	0	0	44	25
		25	**25**	**6**	**+ 0** **./. 0**	**44**	**0**	**0**	**0**	**0** **0**	**0**	**44**	**25**
		4.528	**3.073**	**325**	**+ 436** **./. 436**	**7.276**	**1.639**	**640**	**280**	**0** **0**	**1.999**	**5.277**	**2.889**

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

VORBEMERKUNGEN

Gegenstand der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) sind der Betrieb eigener und fremder technischer Leitungsnetze zur Versorgung (Energie, Wasser, Abwasser), die Erbringung aller mit den vorbezeichneten Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen und die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Gegenstand der NBB ist auch die Vermarktung der Netznutzung zu Transportzwecken, die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter sowie die technische und kaufmännische Beratung und Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich der Mitarbeiterüberlassung.

An der NBB sind die GASAG Berliner Gaswerke AG (nachfolgend GASAG genannt), Berlin, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH (nachfolgend EMB genannt), Potsdam, und die Havelländische Stadtwerke GmbH (nachfolgend HSW genannt), Werder, als Kommanditistinnen beteiligt. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tausend Euro. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie werden im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150 Euro werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. direkt als Aufwand erfasst. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro wird das steuerliche Sammelpostenverfahren aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz angewandt. Der Sammelposten wird jeweils mit 20 % im Jahr des Zugangs und in den vier darauf folgenden Jahren abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte zu Anschaffungskosten angesetzt. Liegt eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vor, so werden die Finanzanlagen gemäß § 253 Abs. 3 HGB ggf. außerplanmäßig abgeschrieben. Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

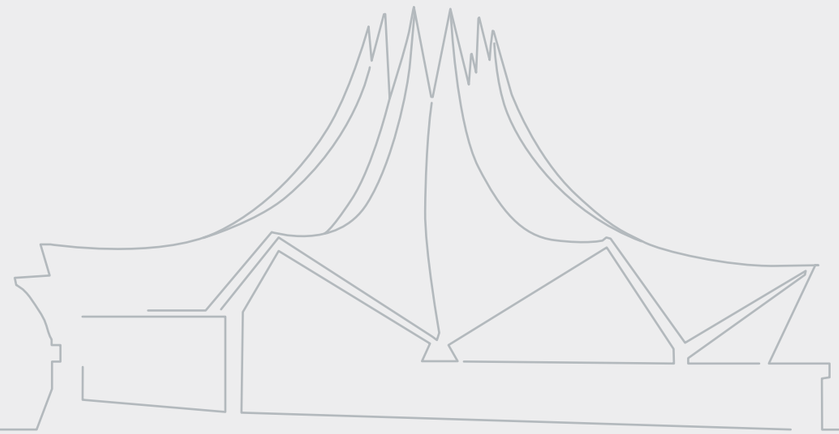
Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung, welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen wird. Ergibt sich ein aktivischer Überhang, wird der Betrag unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt. Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Kosten der allgemeinen Verwaltung wurden nicht aktiviert. Erkennbare Risiken werden gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt. Für erkennbare Einzelrisiken werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Forderungen werden ausgebucht, sobald sie uneinbringlich sind. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % der Nettoforderungen gegen Dritte Rechnung getragen. Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht abgerechnete Netzentgelte ist auf der Basis eines IT-gestützten Individualverfahrens durchgeführt worden.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 1 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (2005) und ein Zinssatz von 5,12 % (Vorjahr: 5,16 %) zu Grunde gelegt. Bei den Berechnungen der Altersteilzeitverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 4,37 % (Vorjahr: 4,36 %) berücksichtigt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Veränderung der Verpflichtungen.

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) enthalten. Bei der Ermittlung der Rückstellung waren die zu zahlenden Sanierungsgelder maßgeblich. Für die Rückstellungsbewertung für das Jahr 2011 wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5 a VBL-Satzung unterstellt. Für die Bewertung ab 2012 wurde die Anerkennung des Härtfalls nicht mehr berücksichtigt.



Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 4,86 % (Vorjahr: 5,16 %) bilanziert. Aus der Anpassung des Zinssatzes ergibt sich eine Erhöhung der Rückstellung um 212 Tausend Euro.

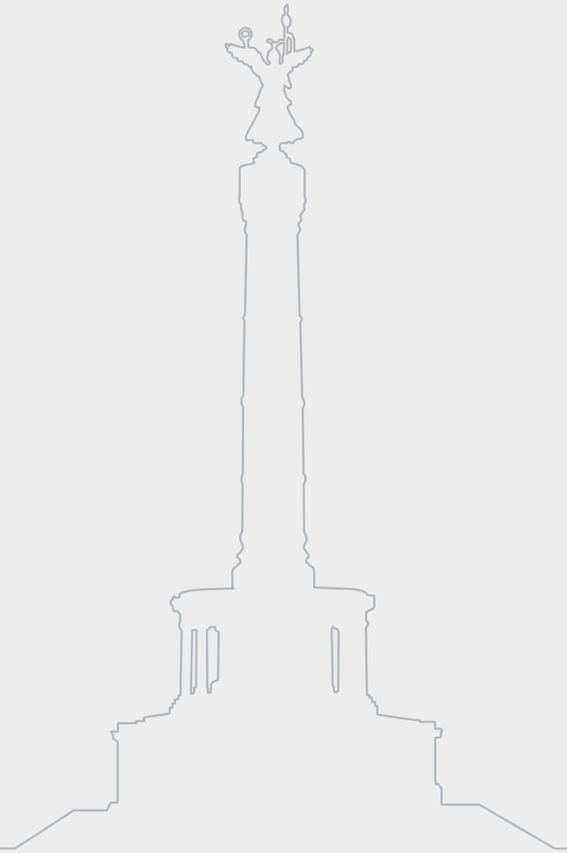
Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) gebildet worden. In 2011 gebildete Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst worden.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Die sonstigen Rückstellungen, bei denen am 1. Januar 2010 von dem Bilanzierungswahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht wurde, sind weiterhin mit dem Nominalwert angesetzt, sofern der Abzinsungsbetrag durch eine Aufzinsung bis zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden würde. Der Betrag der Überdeckung beläuft sich auf 13 Tausend Euro.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet ausgewiesen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.



Erläuterungen zur Bilanz

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Am 25. Oktober 2010 hat die NBB als alleinige Gesellschafterin die infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin (nachfolgend infrest genannt), gegründet. Das Stammkapital der infrest beträgt 25 Tausend Euro und wurde als Geldeinlage in voller Höhe von der NBB eingezahlt. Unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages in Höhe von 321 Tausend Euro ergibt sich zum 31. Dezember 2011 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 296 Tausend Euro.

Am 14. Januar 2011 hat die NBB als alleinige Gesellschafterin die KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin (nachfolgend KKI genannt), gegründet. Das Stammkapital der KKI beträgt 25 Tausend Euro und wurde als Geldeinlage in voller Höhe von der NBB eingezahlt. Mit Wirkung zum 31. Oktober 2011 verkaufte die NBB 25,1 % der Geschäftsanteile der KKI an die con|energy AG, Essen. Damit ist die NBB zum 31. Dezember 2011 mit 74,9 % am Stammkapital der KKI beteiligt.

Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages des Rumpfgeschäftsjahres in Höhe von 865 Tausend Euro ergibt sich zum 31. Dezember 2011 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 840 Tausend Euro.

VORRÄTE

Unter den Vorräten werden wie im Vorjahr ausschließlich unfertige Leistungen bilanziert. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	31.12.2011		31.12.2010	
	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr
	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.767	10.765	11.839	11.838
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	113.148	113.148	126.419	117.082
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	*(31.367)*	*(31.367)*	*(52.231)*	*(52.231)*
(davon gegen Gesellschafter)	*(110.910)*	*(110.910)*	*(126.267)*	*(116.930)*
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	1.967	1.696
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	*(0)*	*(0)*	*(1.346)*	*(1.346)*
(davon gegen Gesellschafter)	*(0)*	*(0)*	*(1.967)*	*(1.696)*
Sonstige Vermögensgegenstände	9.951	9.951	6.462	6.461
	133.866	**133.864**	**146.687**	**137.077**

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten überwiegend Netzentgelte, Forderungen aus dem Kontenclearing mit der GASAG, Gewerbesteuererstattungsansprüche gegen die Gesellschafter, Forderungen an die Gesellschafter aus der rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung sowie ausgereichte Gesellschafterdarlehen an die infrest und die KKI. Die Forderungen gegen Gesellschafter betreffen mit 1.347 Tausend Euro die HSW. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis unter Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Steuerforderungen in Höhe von 788 Tausend Euro (Vorjahr: 3.725 Tausend Euro), geleistete Anzahlungen in Höhe von 2.470 Tausend Euro (Vorjahr: 1.289 Tausend Euro) sowie Gutschriften von Lieferanten in Höhe von 5.831 Tausend Euro (Vorjahr: 1.145 Tausend Euro) enthalten.

GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS

Von den Guthaben bei Kreditinstituten sind 412 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro) als Mietkaution verpfändet worden.

AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung resultiert aus der Saldierung von Altersteilzeitverpflichtungen mit Wertpapieren zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes, welche vom GASAG Treuhand e. V. gehalten werden. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	5.303	5.630
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	6.349	6.349
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	6.165	6.231
Verrechnete Aufwendungen	697	1.035
Verrechnete Erträge	0	166

Die von dem Treuhänder gehaltenen Anteile am Investmentvermögen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
Rentenpapiere (Marktwert)	2.173	1.564
Aktien (Marktwert)	610	479
Sonstiges	3.383	4.188
	6.166	**6.231**

In der Kategorie „Sonstiges“ sind im Wesentlichen Festgelder enthalten. Im Geschäftsjahr 2011 sind keine Ausschüttungen erfolgt. Es besteht keine Beschränkung der täglichen Rückgabe.

EIGENKAPITAL

Die Kapitalanteile der Gesellschaft betragen unverändert 1.000 Tausend Euro, von denen wie im Vorjahr 835 Tausend Euro auf die GASAG, 150 Tausend Euro auf die EMB und 15 Tausend Euro auf die HSW entfallen.

SONDERPOSTEN

Der Sonderposten enthält einen Investitionszuschuss für das Micro Smart Grid Projekt auf dem EUREF-Campus, welcher anteilig über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlagegüter ertragswirksam aufgelöst wird.

RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.341	10.455
Steuerrückstellungen	14.660	14.205
Sonstige Rückstellungen	61.992	60.027
	85.993	**84.687**

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind mit 7.973 Tausend Euro (Vorjahr: 8.787 Tausend Euro) die Sanierungsgelder für die VBL enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Rückstellung für das Regulierungskonto in Höhe von 25.048 Tausend Euro (Vorjahr: 26.462 Tausend Euro), Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen in Höhe von 28.910 Tausend Euro (Vorjahr: 27.186 Tausend Euro) sowie Rückstellungen für Tantiemen, Urlaubsansprüche, Gleitzeitguthaben und Leistungszulagen in Höhe von 2.147 Tausend Euro (Vorjahr: 1.985 Tausend Euro).

Die Verpflichtungen für Altersteilzeitregelungen in Höhe von 5.303 Tausend Euro (Vorjahr: 5.630 Tausend Euro) wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem Vermögen aus Wertpapieren zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen vollständig verrechnet.

VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2011		31.12.2010	
	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr
	T€	T€	T€	T€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.608	3.608	3.293	3.293
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.050	3.050	3.492	3.492
Konten der Gesellschafter	12.701	12.701	5.233	5.233
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.842	1.803	1.759	1.759
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	*(1.182)*	*(1.182)*	*(1.674)*	*(1.674)*
(davon gegenüber Gesellschaftern)	*(1.654)*	*(1.615)*	*(1.747)*	*(1.747)*
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	17	17
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	*(0)*	*(0)*	*(12)*	*(12)*
(davon gegenüber Gesellschaftern)	*(0)*	*(0)*	*(17)*	*(17)*
Sonstige Verbindlichkeiten	16.260	16.258	27.686	16.989
(davon aus Steuern)	*(380)*	*(380)*	*(5.609)*	*(5.609)*
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	*(16)*	*(14)*	*(4)*	*(4)*
	37.461	**37.420**	**41.480**	**30.783**

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren bestehen wie im Vorjahr nicht.

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag werden die Gewinnanteile auf den Konten der Gesellschafter ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen mit 349 Tausend Euro die Gesellschafterin HSW. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis unter Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen mit 11.033 Tausend Euro (im Vorjahr: 21.641 Tausend Euro) die Verbindlichkeiten aus der rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung.

PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Zuschüsse in Höhe von 29.184 Tausend Euro (Vorjahr: 25.200 Tausend Euro) gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam vereinnahmt werden.

In den Umsatzerlösen sind Erträge aus der Erstattung von Biogaskosten (auf Basis von Plankosten) durch den marktgebietsaufspannenden Netzbetreiber enthalten. Dem gegenüber stehen die tatsächlichen Kosten, die aus dem Betrieb des Biogasanschlusses resultieren. Der die Kosten übersteigende Anteil des vereinnahmten Ertrags in Höhe von 1.510 Tausend Euro (im Vorjahr: 1.322 Tausend Euro) wurde zum 31. Dezember 2011 passivisch abgegrenzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

UMSATZERLÖSE

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2011 betragen 314.573 Tausend Euro (Vorjahr: 335.681 Tausend Euro). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben.

Im Wesentlichen resultieren die Umsatzerlöse zu 85,8 % (Vorjahr: 85,7 %) aus Netzentgelten und zu 10,6 % (Vorjahr: 12,6 %) aus Leistungen im Zusammenhang mit Rohrnetzen und Gasanlagen. Im Netzgebiet der GASAG wurden 77,1 % (Vorjahr: 78,8%) der Umsatzerlöse erzielt. Auf das Netzgebiet der EMB entfallen 20,5 % (Vorjahr: 18,7 %) und auf das Netzgebiet der HSW 2,4 % (Vorjahr: 2,4 %) der Umsatzerlöse.

Den in den Netzentgelten enthaltenen Erträgen aus der Weiterwälzung der Kosten vorgelagerter Netze steht der Aufwand für die Kosten vorgelagerter Netze gegenüber. Periodenfremde Umsatzerlöse sind in Höhe von 2.148 Tausend Euro (Vorjahr: 736 Tausend Euro) enthalten.

In den Umsatzerlösen wurden im Vorjahr Erlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 5.966 Tausend Euro ausgewiesen. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar; den Erlösen aus Mehr- und Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber in gleicher Höhe gegenüber, die in den bezogenen Leistungen ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr erfolgten lediglich Korrekturen der Vorjahreswerte in Höhe von 4.349 Tausend Euro. Es wurden sowohl in den Umsatzerlösen als auch im Materialaufwand keine Abgrenzungen für die Mehr- und Mindermengenabrechnung des Geschäftsjahres 2011 erfasst.

BESTANDSVERÄNDERUNGEN

Die Bestandsveränderungen betreffen hauptsächlich unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

ANDERE AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN

In den anderen aktivierten Eigenleistungen sind Eigenleistungen im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Energiedatenmanagement-Systems in Höhe von 231 Tausend Euro ausgewiesen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6.387 Tausend Euro (Vorjahr: 2.379 Tausend Euro), andere periodenfremde Erträge in Höhe von 731 Tausend Euro (Vorjahr: 809 Tausend Euro), Erstattungen von Schäden in Höhe von 256 Tausend Euro (Vorjahr: 294 Tausend Euro) sowie Weiterberechnungen an die Tochtergesellschaften der NBB infrest und KKI in Höhe von 608 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro) enthalten.

MATERIALAUFWAND

	2011	2010
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.232	8.716
Bezogene Leistungen	253.199	256.976
	264.431	**265.692**

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ablesungs- und Abrechnungsaufwendungen.

PERSONALAUFWAND

	2011	2010
	T€	T€
Löhne und Gehälter	18.657	17.493
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4.373	4.175
(davon für Altersversorgung)	*(1.004)*	*(992)*
	23.030	**21.668**

In den Löhnen und Gehältern sind Aufwendungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 697 Tausend Euro (Vorjahr: 652 Tausend Euro) enthalten.

ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen betreffen mit 87 Tausend Euro (Vorjahr: 168 Tausend Euro) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 553 Tausend Euro (Vorjahr: 368 Tausend Euro) planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

	2011	2010
	T€	T€
IT-Leistungen und Hardwareleasing	8.343	8.907
Mieten	7.074	6.652
Geschäftsbesorgungen	5.349	4.845
Beratungs- und Abschlusskosten	2.584	2.955
Versicherungen	1.624	1.660
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	8.001	6.765
	32.975	**31.784**

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Anteile in Höhe von 50 Tausend Euro (Vorjahr: 775 Tausend Euro) enthalten.

FINANZERGEBNIS

	2011	2010
	T€	T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.588	1.313
(davon aus der Abzinsung von Rückstellungen)	*(290)*	*(0)*
(davon aus verbundenen Unternehmen)	*(1.109)*	*(1.271)*
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.530	2.975
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	*(1.985)*	*(1.239)*
(davon an verbundene Unternehmen)	*(234)*	*(276)*
	–1.942	**–1.662**

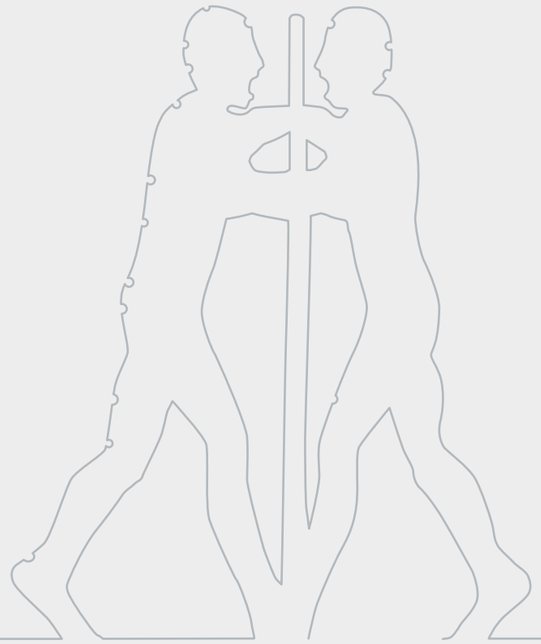
Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Verzinsung der Forderungen an die Gesellschafter aus der rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung in Höhe von 834 Tausend Euro (Vorjahr: 1.242 Tausend Euro), aus der Abzinsung der Rückstellung für rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von 290 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro) sowie aus dem Kontenclearing mit der Gesellschafterin GASAG in Höhe von 275 Tausend Euro (Vorjahr: 63 Tausend Euro).

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind hauptsächlich Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verbindlichkeit für Mehrerlösabschöpfung in Höhe von 918 Tausend Euro (Vorjahr: 1.370 Tausend Euro) sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen für die Verpflichtungen aus den Regulierungssachverhalten, für VBL-Sanierungsgeld und für Altersteilzeit enthalten.

STEUERN

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 10.169 Tausend Euro (Vorjahr: 14.846 Tausend Euro) und für vorangegangene Jahre in Höhe von –295 Tausend Euro (Vorjahr: 684 Tausend Euro).

Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages sind die Kommanditisten der Gesellschaft verpflichtet, die auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen bzw. -entlastungen zu tragen. Der auf diesem Sachverhalt beruhende tatsächliche Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 10.027 Tausend Euro (Vorjahr: 9.610 Tausend Euro) wird gemäß § 12.2 des Gesellschaftsvertrages an die NBB erstattet. Für vorangegangene Jahre ergab sich ein Rückerstattungsanspruch der Kommanditisten an die NBB in Höhe von 123 Tausend Euro (Vorjahr: 3.307 Tausend Euro).



Sonstige Angaben

LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zu den Steuerbilanzen.

LATENTE STEUERN ZUM 31.12.2011	AKTIV T€	PASSIV T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Sachanlagen	0	0
Finanzanlagen	0	0
Umlaufvermögen	197	0
Rückstellungen	4.903	5
Verbindlichkeiten	1.506	0
Passivischer Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
	6.606	5
Steuerliche Verlustvorträge	0	0
Bruttobetrag	**6.606**	**5**
Nettobetrag	**6.601**	

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 13,65 % ermittelt.

MITARBEITER

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die NBB 397 Mitarbeiter ohne Auszubildende und Geschäftsführer.

MITARBEITER	2011	2010
Männer	287	261
Frauen	110	98
	397	**359**

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse.

AUSSERBILANZIELLE GESCHÄFTE / SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 354.432 Tausend Euro (Vorjahr: 453.096 Tausend Euro), von denen 283.544 Tausend Euro (Vorjahr: 399.741 Tausend Euro) auf verbundene Unternehmen entfallen. Bestellobligos bestehen in Höhe von 30.850 Tausend Euro (Vorjahr: 12.869 Tausend Euro). Zudem bestehen Verpflichtungen aus nicht ausgeschöpften Darlehensrahmen in Höhe von 1.150 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netz-Pachtverträge mit der GASAG, der EMB und der HSW über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes sowie Asset-Owner-Kosten.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können.

Mit der GASAG besteht seit 2005 ein Vertrag über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter des Berliner Gasnetzes mit allen technischen Nebeneinrichtungen. Der Pachtvertrag hat vorläufig eine Laufzeit bis zum 27. Dezember 2012. Verhandlungen wegen einer Verlängerung des Pachtvertrages werden bis spätestens 30. Juni 2012 aufgenommen.

Mit der EMB besteht seit 2005 ein Vertrag über die Verpachtung eines Erdgasenergieversorgungsnetzes im Land Brandenburg mit allen technischen Nebeneinrichtungen. Es wurde zunächst eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2015 vereinbart. Der Vertrag verlängert sich danach automatisch um weitere zwei Jahre, wenn er nicht sechs Monate vor Beginn einer Verlängerungsperiode schriftlich gekündigt wurde.

Seit 2006 besteht mit der HSW ein Vertrag über die Verpachtung eines Erdgasenergieversorgungsnetzes im Land Brandenburg mit allen technischen Nebeneinrichtungen. Es wurde zunächst eine Laufzeit von 10 Jahren bis zum 31. Dezember 2016 vereinbart. Die Kündigungsfrist beträgt während der Regellaufzeit ein Jahr und ist ausschließlich zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2016 möglich. Der Vertrag verlängert sich um weitere fünf Jahre, sollte von den Kündigungsrechten kein Gebrauch gemacht werden.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für den überwiegenden Teil der Mitarbeiter der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2011 für den Tarifbereich West 7,86 %, davon leistet der Arbeitgeber 6,45 % und der Arbeitnehmer 1,41 %. Im Tarifbereich Ost betrug der Umlagesatz 1,0 %, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Tarifgebiet Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 4,0 % erhoben, der jeweils zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird. Das umlagepflichtige Entgelt betrug im Geschäftsjahr 14.390 Tausend Euro.

Darüber hinaus wurde für die ehemaligen Mitarbeiter der Stadtwerke Forst GmbH eine Mitgliedschaft beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – begründet. Diese Mitgliedschaft wurde rückwirkend zum 1. Januar 2009 im Rahmen einer Vereinbarung geschlossen. Die ZVK Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – ist im Land Brandenburg die betriebliche Altersversorgung des kommunalen öffentlichen Dienstes. Die Finanzierung erfolgt weitestgehend analog der Regelungen der VBL (Umlage 1,1 %, Zusatzbeitrag jeweils 2 % für Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Weitere Verpflichtungen beinhalten Mieten und Leasingkosten, Geschäftsbesorgungen, Ablesungs- und Abrechnungsdienstleistungen, Personalüberlassungen, Bestellung von Netzkapazitäten, Wartungs- und Betriebsführungskosten sowie nicht ausgeschöpfte Darlehensrahmen.

GESCHÄFTE GRÖSSEREN UMFANGS MIT VERBUNDENEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

GASAG BERLINER GASWERKE AG als Auftragnehmer	2011 T€
Mieten	4.145
IT-Leistungen	3.962
Geschäftsbesorgungen	2.344
Übernahme Versorgungszusagen	707

Des Weiteren besteht ein Cash-Pooling-Vertrag, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 10.000 Tausend Euro zur Verfügung steht.

Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

GASAG BERLINER GASWERKE AG als Auftraggeber	2011 T€
Dienstleistungen	2.301

BEGA.TEC GMBH als Auftragnehmer	2011 T€
Rohrnetzarbeiten, Anlagentechnik und Management von Messgeräten	14.237

BAS ABRECHNUNGSSERVICE GMBH & CO. KG als Auftragnehmer	2011 T€
Mess- und Abrechnungsleistungen und IT-Leistungen für Systemanpassungen	8.198

UMETRIQ METERING SERVICES GMBH als Auftragnehmer	**2011 T€**
Messleistungen und IT-Leistungen für Systemanpassungen	6.392

EMB ENERGIE MARK BRANDENBURG GMBH als Auftragnehmer	**2011 T€**
Mieten	1.371
Geschäftsbesorgungen	880

DSE DIREKT-SERVICE ENERGIE GMBH als Auftragnehmer	**2011 T€**
Geschäftsbesorgungen	2.087

GASAG WÄRMESERVICE GMBH als Auftragnehmer	**2011 T€**
Wärmebezug	1.351

NBB NETZ-BETEILIGUNGS-GMBH als Auftragnehmer	**2011 T€**
Dienstleistungen	519

NETZGESELLSCHAFT FORST (LAUSITZ) MBH & CO. KG als Auftraggeber	**2011 T€**
Technische Betriebsführung	1.410

STADTWERKE FORST GMBH als Auftraggeber	**2011 T€**
Technische Betriebsführung	1.190

Darüber hinaus sind gegenüber der GASAG, der EMB und der HSW Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie Pachtaufwendungen für die Gasnetze angefallen.

ANGABEN ZUM GESAMTHONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im von der GASAG aufgestellten Konzernabschluss.

KONZERNVERHÄLTNISSE

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von der GASAG mit Sitz in Berlin aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2011 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses war die NBB zum 31. Dezember 2011 nicht verpflichtet, da die GASAG in ihrer Eigenschaft als deutsche Konzernleitung zum 31. Dezember 2011 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die NBB erstellt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin. Die Komplementärin weist ein gezeichnetes Kapital von 25 Tausend Euro aus und ist am Vermögen sowie am Gewinn und Verlust der Gesellschaft nicht beteiligt.

Geschäftsführer der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH sind:

Dipl.-Ing. Ulf Altmann
Technischer Bereich

Dipl.-Kfm. Frank Behrend
Kaufmännischer Bereich

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Berlin, 24. Februar 2012

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ulf Altmann Frank Behrend

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung Gasverteilung nach Teilnetzen

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

BEZEICHNUNG	2011 VERTEILUNG			2010 VERTEILUNG		
	GESAMT	BERLIN	BRANDEN-BURG	GESAMT	BERLIN	BRANDEN-BURG
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	308.388	236.707	71.681	330.376	259.774	70.602
2. Bestandsveränderungen	11.314	4.167	7.147	4.202	2.167	2.035
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	231	194	37	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	8.499	6.861	1.638	3.975	3.008	967
5. Materialaufwand	262.731	200.218	62.513	263.993	207.768	56.225
a) Aufwendungen für Roh, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.023	8.773	2.250	8.470	6.995	1.475
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	251.708	191.445	60.263	255.523	200.773	54.750
6. Personalaufwand	18.909	14.360	4.549	18.346	14.170	4.176
a) Löhne und Gehälter	14.928	11.030	3.898	14.556	11.075	3.481
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.981	3.330	651	3.790	3.095	695
davon für Altersversorgung	*932*	*836*	*96*	*919*	*761*	*158*
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	476	385	91	291	231	60
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	31.344	23.837	7.507	30.838	23.588	7.250
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.578	1.391	187	1.312	1.015	297
davon aus verbundenen Unternehmen	*1.103*	*956*	*147*	*1.270*	*1.011*	*259*
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen	*278*	*280*	*–2*	*0*	*0*	*0*
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.489	2.693	796	2.921	2.296	625
davon an verbundene Unternehmen	*248*	*205*	*43*	*278*	*235*	*43*
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	*1.931*	*1.470*	*461*	*805*	*675*	*130*
11. Zinsergebnis aus Forderungen/Verbindlichkeiten ggü. anderen Unternehmensbereichen	16	16	0	6	6	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**13.077**	**7.843**	**5.234**	**23.482**	**17.917**	**5.565**
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	–48	–334	286	9.205	6.824	2.381
13. Sonstige Steuern	2	2	0	25	21	4
Jahresüberschuss	**13.123**	**8.175**	**4.948**	**14.252**	**11.072**	**3.180**
14. Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	0	0	–8.724	–6.777	–1.947
15. Gutschrift/Lastschrift auf Gesellschafterkonten	–13.123	–8.175	–4.948	–5.528	–4.295	–1.233
	0	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Tätigkeitsbilanz Gasverteilung nach Teilnetzen

zum 31.12.2011

AKTIVSEITE	31.12.2011 VERTEILUNG			31.12.2010 VERTEILUNG		
	GESAMT	BERLIN	BRANDEN-BURG	GESAMT	BERLIN	BRANDEN-BURG
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen	**4.267**	**3.375**	**892**	**2.364**	**1.897**	**467**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.900	1.434	466	405	292	113
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	947	652	295	97	80	17
2. Geleistete Anzahlungen	953	782	171	308	212	96
II. Sachanlagen	2.351	1.928	423	1.959	1.605	354
1. Mietereinbauten	809	696	113	982	804	178
2. Verteilungsanlagen	27	22	5	0	0	0
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.416	1.128	288	957	785	172
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	99	82	17	20	16	4
III. Finanzanlagen	16	13	3	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	16	13	3	0	0	0
B. Umlaufvermögen	**155.417**	**102.428**	**52.989**	**157.930**	**112.076**	**45.854**
I. Vorräte	22.746	11.611	11.135	11.432	7.444	3.988
Unfertige Leistungen	22.746	11.611	11.135	11.432	7.444	3.988
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	132.324	90.532	41.792	146.487	104.625	41.862
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.699	8.412	2.287	11.687	8.318	3.369
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	*1*	*1*	*0*	*1*	*1*	*0*
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	111.787	76.886	34.901	126.374	92.248	34.126
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	*30.876*	*20.612*	*10.264*	*52.224*	*45.654*	*6.570*
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	*0*	*0*	*0*	*9.337*	*7.984*	*1.353*
davon gegen Gesellschafter	*109.330*	*75.030*	*34.300*	*126.222*	*92.110*	*34.112*
3. Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0	0	0	1.967	0	1.967
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	*0*	*0*	*0*	*1.346*	*0*	*1.346*
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	*0*	*0*	*0*	*270*	*0*	*270*
davon gegen Gesellschafter	*0*	*0*	*0*	*1.967*	*0*	*1.967*
4. Sonstige Vermögensgegenstände	9.838	5.234	4.604	6.459	4.059	2.400
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	*0*	*0*	*0*	*1*	*1*	*0*
III. Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	347	285	62	11	7	4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**293**	**219**	**74**	**0**	**0**	**0**
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	**862**	**662**	**200**	**601**	**438**	**163**
Forderungen ggü. anderen Unternehmensaktivitäten	**2.161**	**2.161**	**0**	**1.672**	**1.672**	**0**
Bilanzsumme	**163.000**	**108.845**	**54.155**	**162.567**	**116.083**	**46.484**

PASSIVSEITE	31.12.2011 VERTEILUNG			31.12.2010 VERTEILUNG		
	GESAMT	BERLIN	BRANDENBURG	GESAMT	BERLIN	BRANDENBURG
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Eigenkapital	**9.697**	**8.232**	**1.465**	**9.697**	**8.232**	**1.465**
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	973	832	141	973	832	141
II. Gewinnrücklage	8.724	7.400	1.324	8.724	7.400	1.324
B. Sonderposten	**340**	**276**	**64**	**0**	**0**	**0**
C. Rückstellung	**84.702**	**57.529**	**27.173**	**83.219**	**59.189**	**24.030**
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.246	7.521	1.725	10.006	8.199	1.807
2. Steuerrückstellungen	14.660	11.180	3.480	14.205	10.967	3.238
3. Sonstige Rückstellungen	60.796	38.828	21.968	59.008	40.023	18.985
D. Verbindlichkeiten	**37.188**	**23.778**	**13.410**	**43.129**	**32.721**	**10.408**
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.608	840	2.768	3.293	2.633	660
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	*3.608*	*840*	*2.768*	*3.293*	*2.633*	*660*
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.967	1.613	1.354	3.407	2.393	1.014
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	*2.967*	*1.613*	*1.354*	*3.407*	*2.393*	*1.014*
3. Konten der Gesellschafter	12.590	7.748	4.842	5.193	3.522	1.671
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	*12.590*	*7.748*	*4.842*	*5.193*	*3.522*	*1.671*
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.813	1.392	421	3.857	3.558	299
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	*1.160*	*891*	*269*	*1.674*	*1.432*	*242*
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	*1.775*	*1.360*	*415*	*3.856*	*3.558*	*298*
davon gegen Gesellschafter	*1.626*	*1.223*	*403*	*1.736*	*1.437*	*299*
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0	0	0	17	0	17
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	*0*	*0*	*0*	*12*	*0*	*12*
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	*0*	*0*	*0*	*17*	*0*	*17*
davon gegen Gesellschafter	*0*	*0*	*0*	*17*	*0*	*17*
6. Sonstige Verbindlichkeiten	16.210	12.185	4.025	27.362	20.615	6.747
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	*16.208*	*12.184*	*4.024*	*16.665*	*12.555*	*4.110*
davon aus Steuern	*334*	*159*	*175*	*5.333*	*4.048*	*1.285*
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**31.073**	**19.030**	**12.043**	**26.522**	**15.941**	**10.581**
Verbindlichkeiten ggü. anderen Unternehmensaktivitäten	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Bilanzsumme	**163.000**	**108.845**	**54.155**	**162.567**	**116.083**	**46.484**

Anhang zum Tätigkeitsabschluss Gasverteilung der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

1. ABSCHREIBUNGSMETHODEN

Bezüglich der nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG geforderten Angabe zu den Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses.

2. REGELN FÜR DIE ZUORDNUNG DER GEGENSTÄNDE DES AKTIV- UND PASSIVVERMÖGENS SOWIE DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE ZU DEN GEMÄSS DEN SÄTZEN 1 BIS 4 DES § 6B ABS. 3 ENWG GEFÜHRTEN KONTEN

BILANZ

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden mittels Personalaufwand geschlüsselt.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt entsprechend der Einlagen der Gesellschafter. Die Aufteilung auf die Tätigkeiten für die einzelnen Gesellschafter wird entsprechend der erstmaligen Aufteilung der Einlagen vorgenommen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Der Ausgangspunkt für die Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsabschlusses bildet die von der NBB implementierte Mandantenergebnisrechnung, anhand derer die Gewinnverteilung auf die einzelnen Gesellschafter (Mandanten) ermittelt wird. Die Mandantenergebnisrechnung spiegelt im Wesentlichen das Ergebnis der von den einzelnen Gesellschaftern eingebrachten Netzgebiete wider. Die Mandantenzuordnung erfolgt über Profitcenter der NBB, welche teilweise direkt und teilweise nicht eindeutig einem Mandanten zugeordnet sind. Kosten, die auf Profitcentern mit mandantenübergreifenden Tätigkeiten anfallen, werden anhand von Schlüsseln sach- und verursachungsgerecht auf die verschiedenen Mandanten aufgeteilt.

Die Verrechnung der Leistungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgt auf Basis einer Stundenschreibung sowie der Umlage entsprechender Verwaltungsgemeinkosten über Aufträge mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Verteilung und Sonstige Tätigkeiten.

Umsatzerlöse:
Die Zuordnung der Umsatzerlöse erfolgt nahezu vollständig direkt auf die verschiedenen Tätigkeiten und Mandanten.

Materialaufwand:
Der wesentliche Teil der Materialaufwendungen wird über mandantenspezifische Profitcenter direkt zugeordnet.

Personalaufwand:
Alle Mitarbeiter sind jeweils einem Profitcenter zugeordnet. Die Personalaufwendungen für die jeweiligen Mitarbeiter werden direkt auf den Profitcentern erfasst. Die Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen erfolgt über eine Stundenschreibung. Sofern die Profitcenter den verschiedenen Mandanten nicht direkt zugeordnet sind, wird der Aufwand verursachungsgerecht mittels eines Schlüssels auf die Mandanten verteilt.

Sonstiger betrieblicher Aufwand:
Die Verteilung des sonstigen betrieblichen Aufwandes erfolgt über die mandantenspezifische Zuordnung der Profitcenter bzw. die verursachensgerechte Verteilung mittels Schlüssel.

Aufwand für IT-Leistungen:
Aufwendungen für IT-Leistungen werden unter anderem unter Berücksichtigung der Anzahl der den einzelnen Profitcentern zugeordneten Benutzerprofile für die jeweiligen Anwendungen auf die Mandanten und Tätigkeiten verteilt.

Die mandantenspezifische Aufteilung der Ertragsteuern erfolgt unter Berücksichtigung der erstellten Sonderbilanzen der einzelnen Mandanten sowie der Schlüsselung entsprechend dem Gewinn vor Steuern für die einzelnen Mandanten und Tätigkeiten.

3. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in diesem Tätigkeitsabschluss nicht.

4. ÄNDERUNG DER ZUORDNUNGSREGELN GEGENÜBER DEM VORJAHR

Es gab im Berichtsjahr keine Änderungen von Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr.

Anlagenspiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum Tätigkeitsbereich Gasverteilung für die Zeit vom 01. 01. 2011 – 31. 12. 2011

POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN							ABSCHREIBUNGEN							RESTBUCHWERTE	
	Anfangs-stand	Korrektur	Anfangs-stand nach Korrektur	Zugänge	Abgänge	Um-buchungen	Endstand	Anfangs-stand	Korrektur	Anfangs-stand nach Korrektur	Abschrei-bungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 6	Um-buchungen	Endstand	am 31. 12. 2011	am Ende des vorange-gangenen Geschäfts-jahres
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Spalte 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände:																
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	176.545,46	–14.504,88	162.040,58	616.514,56	0,00	+ 300.160,00	1.078.715,14	79.741,58	–9.221,21	70.520,37	61.587,35	0,00	0,00	132.107,72	946.607,43	96.803,88
2. Geleistete Anzahlungen	308.157,06	–7.997,06	300.160,00	952.750,65	0,00	./. 300.160,00	952.750,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	952.750,65	308.157,06
	484.702,52	**–22.501,94**	**462.200,58**	**1.569.265,22**	**0,00**	**+ 300.160,00 ./. 300.160,00**	**2.031.465,80**	**79.741,58**	**–9.221,21**	**70.520,37**	**61.587,35**	**0,00**	**0,00**	**132.107,72**	**1.899.358,08**	**404.960,94**
II. Sachanlagen:																
1. Mietereinbauten	1.018.193,99	–40.154,29	978.039,71	31.869,18	0,00	./. 37.733,27	972.175,61	35.998,05	–1.215,92	34.782,14	128.202,38	0,00	0,00	162.984,52	809.191,09	982.195,94
2. Verteilungsanlagen	0,00	0,00	0,00	27.482,36	0,00	0,00	27.482,36	0,00	0,00	0,00	260,13	0,00	0,00	260,13	27.222,24	0,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.858.576,62	–195.448,11	1.663.128,51	839.367,33	257.149,95	+ 71.077,51	2.316.423,40	901.875,94	–57.575,14	844.300,79	285.475,10	228.621,82	0,00	901.154,08	1.415.269,32	956.700,68
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	19.565,26	–610,92	18.954,34	41.999,88	0,00	+ 38.774,74	99.728,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	99.728,96	19.565,26
	2.896.335,88	**–236.213,32**	**2.660.122,55**	**940.718,76**	**257.149,95**	**+ 109.852,26 ./. 37.733,27**	**3.415.810,34**	**937.873,99**	**–58.791,06**	**879.082,93**	**413.937,61**	**228.621,82**	**0,00**	**1.064.398,73**	**2.351.411,61**	**1.958.461,89**
III. Finanzanlagen:																
Anteile an verbun-denen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	20.887,50	5.242,76	0,00	15.644,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.644,74	0,00
	0,00	**0,00**	**0,00**	**20.887,50**	**5.242,76**	**0,00**	**15.644,74**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**15.644,74**	**0,00**
	3.381.038,40	**–258.715,26**	**3.122.323,14**	**2.530.871,47**	**262.392,72**	**+ 410.012,26 ./. 337.893,27**	**5.462.920,87**	**1.017.615,57**	**–68.012,26**	**949.603,30**	**475.524,96**	**228.621,82**	**0,00**	**1.196.506,44**	**4.266.414,43**	**2.363.422,83**

Anlagenspiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum Tätigkeitsbereich Gasverteilung für das Teilnetz Berlin für die Zeit vom 01. 01. 2011 – 31. 12. 2011

POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN							ABSCHREIBUNGEN							RESTBUCHWERTE	
	Anfangs-stand	Korrektur	Anfangs-stand nach Korrektur	Zugänge	Abgänge	Um-buchungen	Endstand	Anfangs-stand	Korrektur	Anfangs-stand nach Korrektur	Abschrei-bungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 6	Um-buchungen	Endstand	am 31. 12. 2011	am Ende des vorange-gangenen Geschäfts-jahres
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Spalte 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände:																
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	146.621,73	–15.008,91	131.612,83	420.029,03	0,00	+ 204.120,00	755.761,86	66.841,67	–9.576,53	57.265,13	46.681,46	0,00	0,00	103.946,60	651.815,26	79.780,07
2. Geleistete Anzahlungen	212.309,43	–8.189,43	204.120,00	781.510,93	0,00	./. 204.120,00	781.510,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	781.510,93	212.309,43
	358.931,16	**–23.198,33**	**335.732,83**	**1.201.539,96**	**0,00**	**+ 204.120,00 ./. 204.120,00**	**1.537.272,79**	**66.841,67**	**–9.576,53**	**57.265,13**	**46.681,46**	**0,00**	**0,00 0,00**	**103.946,60**	**1.433.326,19**	**292.089,49**
II. Sachanlagen:																
1. Mietereinbauten	833.820,02	7.676,20	841.496,22	31.380,55	0,00	./. 37.733,27	835.143,50	29.479,55	–699,32	28.780,22	110.129,25	0,00	0,00	138.909,47	696.234,02	804.340,47
2. Verteilungsanlagen	0,00	0,00	0,00	22.335,16	0,00	0,00	22.335,16	0,00	0,00	0,00	211,41	0,00	0,00	211,41	22.123,76	0,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.463.289,24	–202.698,32	1.260.590,92	668.041,11	171.730,97	+ 57.711,94	1.814.613,01	678.273,49	–61.150,23	617.123,27	226.972,59	156.996,14	0,00	687.099,71	1.127.513,30	785.015,75
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	16.022,40	–618,03	15.404,36	35.469,73	0,00	+ 31.512,58	82.386,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	82.386,68	16.022,40
	2.313.131,66	**–195.640,15**	**2.117.491,51**	**757.226,56**	**171.730,97**	**+ 89.224,53 ./. 37.733,27**	**2.754.478,35**	**707.753,04**	**–61.849,55**	**645.903,49**	**337.313,25**	**156.996,14**	**0,00**	**826.220,60**	**1.928.257,76**	**1.605.378,62**
III. Finanzanlagen:																
Anteile an verbun-denen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	17.212,50	4.320,34	0,00	12.892,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.892,16	0,00
	0,00	**0,00**	**0,00**	**17.212,50**	**4.320,34**	**0,00**	**12.892,16**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**12.892,16**	**0,00**
	2.672.062,82	**–218.838,49**	**2.453.224,34**	**1.975.979,02**	**176.051,31**	**+ 293.344,53 ./. 241.853,27**	**4.304.643,30**	**774.594,71**	**–71.426,08**	**703.168,62**	**383.994,71**	**156.996,14**	**0,00 0,00**	**930.167,19**	**3.374.476,11**	**1.897.468,11**

Anlagenspiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum Tätigkeitsbereich Gasverteilung für das Teilnetz Brandenburg für die Zeit vom 01. 01. 2011 – 31. 12. 2011

POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN							ABSCHREIBUNGEN							RESTBUCHWERTE	
	Anfangs-stand	Korrektur	Anfangs-stand nach Korrektur	Zugänge	Abgänge	Um-buchungen	Endstand	Anfangs-stand	Korrektur	Anfangs-stand nach Korrektur	Abschrei-bungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 6	Um-buchungen	Endstand	am 31. 12. 2011	am Ende des vorange-gangenen Geschäfts-jahres
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Spalte 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
I. Immaterielle Vermögens-gegenstände:																
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	29.923,72	504,03	30.427,75	196.485,54	0,00	+ 96.040,00	322.953,29	12.899,91	355,33	13.255,24	14.905,88	0,00	0,00	28.161,12	294.792,17	17.023,81
2. Geleistete Anzahlungen	95.847,64	192,36	96.040,00	171.239,72	0,00	./. 96.040,00	171.239,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	171.239,72	95.847,64
	125.771,36	**696,39**	**126.467,75**	**367.725,25**	**0,00**	**+ 96.040,00** **./. 96.040,00**	**494.193,01**	**12.899,91**	**355,33**	**13.255,24**	**14.905,88**	**0,00**	**0,00** **0,00**	**28.161,12**	**466.031,89**	**112.871,45**
II. Sachanlagen:																
1. Bauten auf fremden Grundstücken	184.373,97	–47.830,49	136.543,48	488,63	0,00	0,00	137.032,11	6.518,51	–516,59	6.001,91	18.073,13	0,00	0,00	24.075,04	112.957,07	177.855,46
2. Verteilungsanlagen	0,00	0,00	0,00	5.147,20	0,00	0,00	5.147,20	0,00	0,00	0,00	48,72	0,00	0,00	48,72	5.098,48	0,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	395.287,38	7.250,21	402.537,59	171.326,22	85.418,98	+ 13.365,57	501.810,39	223.602,44	3.575,09	227.177,53	58.502,51	71.625,67	0,00	214.054,37	287.756,03	171.684,94
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.542,87	7,11	3.549,98	6.530,15	0,00	+ 7.262,16	17.342,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.342,28	3.542,87
	583.204,21	**–40.573,17**	**542.631,05**	**183.492,19**	**85.418,98**	**+ 20.627,73** **./. 0,00**	**661.331,99**	**230.120,95**	**3.058,49**	**233.179,44**	**76.624,36**	**71.625,67**	**0,00**	**238.178,13**	**423.153,86**	**353.083,27**
III. Finanzanlagen:																
Anteile an verbun-denen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	3.675,00	922,43	0,00	2.752,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.752,58	0,00
	0,00	**0,00**	**0,00**	**3.675,00**	**922,43**	**0,00**	**2.752,58**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**2.752,58**	**0,00**
	708.975,58	**–39.876,78**	**669.098,80**	**554.892,45**	**86.341,41**	**+ 116.667,73** **./. 96.040,00**	**1.158.277,57**	**243.020,86**	**3.413,82**	**246.434,68**	**91.530,24**	**71.625,67**	**0,00** **0,00**	**266.339,25**	**891.938,32**	**465.954,72**

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6 Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

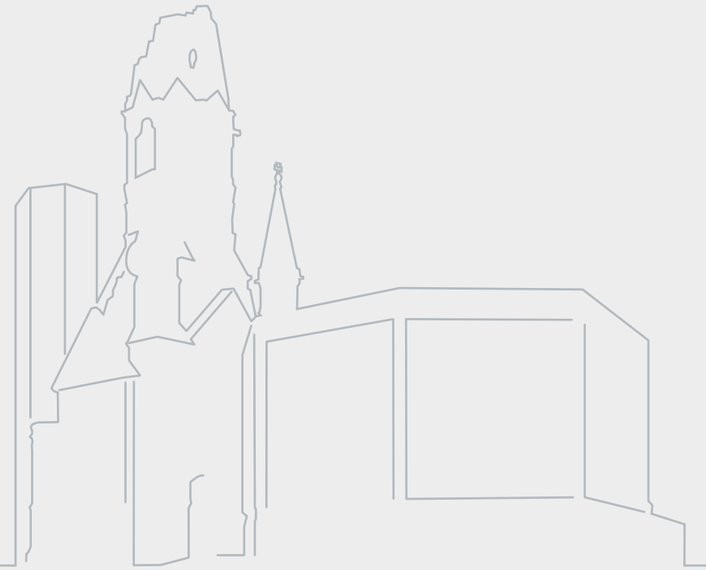
Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Berlin, 29. Februar 2012

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Diederichs
Wirtschaftsprüfer

Bährens
Wirtschaftsprüfer



HINWEIS:

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

ARegV	Anreizregulierungsverordnung (Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze)
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., Berlin
BGH	Bundesgerichtshof, Karlsruhe
BKartA	Bundeskartellamt, Bonn
BNetzA	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Bonn
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. - Technisch-wissenschaftlicher Verein -, Bonn
EDM	Energiedatenmanagement
EMB	EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EUREF	Campus Europäisches Energie Forum
GASAG	GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin
GasNEV	Gasnetzentgeltverordnung (Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Gasversorgungsnetzen)
GEODE	Groupement Européen des entreprises et Organismes de Distribution d'Énergie, Brüssel
HSW	Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder
HQB	Hackesches Quartier Berlin
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
infrest GmbH	infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin
InnoZ	Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH, Berlin
KKI GmbH	KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin
KoV	Kooperationsvereinbarung
kWh	Kilowattstunde
LEED	Leadership in Energy and Environmental Design
MaBiS	Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom
MessZV	Messzugangsverordnung (Verordung über Rahmenbedingungen für den Messstellenbetrieb und die Messung im Bereich der leitungsgebundenen Elektrizitäts- und Gasversorgung)
MWM	Mobile Workforce Management
NBB	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
NDAV	Niederdruckanschlussverordnung (Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck)
NFL	Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz)
PIZ	Pauschalierter Investitionszuschlag
SMITS	Smart Metering IT System
SW Forst	Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz)
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe
VKU	Verband kommunaler Unternehmen e. V., Berlin
VVA	Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin
ZVK	Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes

Impressum

HERAUSGEBER

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG
An der Spandauer Brücke 10
10178 Berlin
Tel. 030 81876-0
Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

KONZEPTION UND GESTALTUNG

eks – die agentur
energie kommunikation services GmbH, Berlin
www.eks-agentur.de
Projektleitung: Kerstin Sattler
Redaktion: Ralf Dunker, Press'n'Relations

FOTOS

Christian Thomas; S. 14/15: Tina Merkau Fotografie;
S. 29: Blickpunkt Fotodesign Christoph Reichelt

DRUCK

DruckVogt GmbH

ZERTIFIZIERUNG

Dieser Geschäftsbericht wurde klimaneutral hergestellt und auf PEFC-zertifiziertem Papier gedruckt. Die durch die Produktion dieser Publikation verursachten Treibhausemissionen wurden durch Investitionen in anerkannte Klimaschutzprojekte kompensiert.

ClimatePartner
klimaneutral
Druck | ID: 177-10847-0212-1004

NETZGESELLSCHAFT
BERLIN·BRANDENBURG

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG
An der Spandauer Brücke 10 · 10178 Berlin
Tel. 030 81876-0 · Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

DVGW
ISO 9001

EIN UNTERNEHMEN DER
GASAG | GRUPPE